Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 3. März 1926 — Nummer 52

Heraus zur Entscheidung!

Werktätige! Zeichnet euch ein!

Morgen liegen die Listen zum Eintragen für das Volksbegehren zum ersten Male auf. Der Kampf beginnt. Alle Kräfte müssen jetzt 14 Tage mobil sein, um den Fürsten ihren Raubzug aus den Taschen der Arbeitenden zuschanden zu machen. Gleich der erste Tag muß ein gewaltiger Schlag gegen die Reaktion und Monarchie werden. Der erste Hieb ist der beste. Mit dem gewaltigen Aufmarsch der Massen zum ersten Tage muß die Reaktion sehen, daß die Zeit ihrer Frechheiten vorbei ist. Mit allen Mitteln hat die Reaktion versucht, den Volksentscheid zu behindern. Die monarchistischen Organisationen entfalten eine Gegenpropaganda. Die Landbünde gaben Anweisung an die Gemeindevorsteher, die gesetzlichen Maßnahmen, die Auslegung der Listen, zu sabotieren. Eine Anzahl großer Orte legt die Listen nur an einer Stelle aus, um die Eintragung zu erschweren. Durch Handlunk forderte die Reichsregierung auf, dem Volksbegehren fernzubleiben. Erst in den letzten Tagen ging die Regierung Heldt dazu über, durch eine Bekanntmachung darauf hinzuweisen, daß sie gegen die Fürstenenteignung sei. Die gesamte Reaktion, von den rechten sozialdemokratischen Führern bis zu den Deutschnationalen, hat sich zusammengefunden, um den Fürsten 3 Milliarden auszuliefern. In Wunsch weigert sich der Bürgermeister, die Listen auszulegen.

Der sofort gewaltig einsetzende Aufmarsch der ausgebeuteten und ausgeraubten Arbeiter und Mittelständler wird die Sabotage brechen. Denkt an die Zeit des Weltkrieges, denkt an die Inflation, wo man die Arbeiter zum Hungern zwang, den kleinen Sparern ihre paar Pfennige raubte, den Fürsten aber Millionen Goldwerte ausliefernde. Gestern erst hat die reaktionäre Mehrheit des Reichstags die Mieterhöhung beschlossen. Neuerdrohen werden neue Lasten auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten geladen. Jedoch nicht allein zur Rettung der Fürstenvermögen führt die Reaktion den Kampf. Mit einer Niedertage der Werktätigen beim Volksentscheid soll die Verfassungsänderung, die Diktatur der Reaktion vorbereitet werden. Die Klassenjustiz soll weiter ihre Schandurteile fällen, Versucher, wie der Untersuchungsrichter Jürgens, weiter Urteile sprechen. Die Monarchisten wollen ihre Staatsstreichpläne zum Durchbruch bringen.

Ein gewaltiger Aufmarsch zum Volksbegehren muß die Sabotage brechen. Jetzt gilt es, abzurechnen mit den Ausbeutern, den Terroristen, den Installationsräubern.

Heraus zur Entscheidung
gegen die Fürsten, gegen die Reaktion,
gegen die Koalitionspolitik der Fürstenfreunde!

Kein Mann darf fehlen!

Achtung Ortsgruppen! Organisiert die Werbung und die Schleppdienste! Meldet sofort telephonisch über den Verlauf des ersten Tages an die „Arbeiterstimme". Telephon: Nr. 17259 Dresden.

Volksentscheid gegen Parlamentskorruption

Die Bedeutung des Volksbegehrens für die Politik in Sachsen

Von Paul Böttcher

Der Kampf für die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Potentaten ist bereits heute zu einer Massenbewegung gegen die Reaktion geworden. Die Sabotage des Volksbegehrens durch die monarchistische Bureaukratie hat vielen die Augen darüber geöffnet, daß die Volksentscheidbewegung mehr ist als lediglich ein Kampf um die materielle Enteignung der fürstlichen Raffkes. Das Gesetz jeder Massenbewegung tritt in Wirksamkeit: die Bewegung wächst über ihren Ausgangspunkt hinaus, steigert sich in ihrem weiteren Verlaufe und stellt sich selbst neue Ziele. Von der Führung und der Kraft der Bewegung hängt es dann ab, in welchem Umfange der Gegner geschlagen wird. Der Bewegung Ziel und Kraft zu geben, ist Aufgabe der Kommunistischen Partei.

In Sachsen mit seiner fast rein proletarischen Bevölkerung ist die Bewegung für den Volksentscheid binnen kürzester mächtig in die Breite gewachsen. Alle Schichten, die nicht von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben, sind in diese Bewegung hineingerissen worden. Auch auf dem Lande hat die Bewegung starke Erfolge aufzuweisen. Die Kleinbauern, die besonders stark unter der gegenwärtigen Krise zu leiden haben, sind in offenen Gegensatz zu den Landbundführern getreten. **Die sächsische Arbeiterschaft muß sich zur Aufgabe stellen, von allen Bezirken in Deutschland die höchste Einzeichnungszahl zu erreichen.** Der Bourgeoisie muß gezeigt werden, daß die Arbeiterklasse mit der Hindenburg-Politik der Heldt-Regierung nicht das allergeringste zu tun hat. Das Volksbegehren muß den Nachweis liefern, daß im roten Sachsen sich die Arbeiterschaft auf der ganzen Linie im Vormarsch befindet. **Der Volksentscheid muß in Sachsen zu einem Volksentscheid gegen den reaktionären Landtag und gegen die Heldt-Regierung werden.** Das ist die Antwort, die die Arbeiter auf die Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führer zu geben haben!

Die Offensive der Reaktion wurde in Sachsen unmittelbar von der Heldt-Regierung geführt. Die treibende Kraft hinter den Maßnahmen der Regierung war von Anfang an der Verband Sächsischer Industrieller. Die Koalitionsregierung mit ihrer sozialdemokratischen Mehrheit hat die Geschäfte des sächsischen Unternehmertums gegenüber der Arbeiterschaft rücksichtslos durchgeführt. Wenn bei den verflossenen Hindenburgwahlen in Sachsen der Kandidat der Monarchisten, der kaiserliche Generalfeldmarschall Hindenburg, 1 333 565 Stimmen erhielt, so ist das das ausschließliche Verdienst der konterrevolutionären Heldt-Regierung. Bis zu den Gemeinderatswahlen am 13. Januar 1924 war die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit bei allen parlamentarischen Wahlen ungebrochen. Erst die Reichswehr-Exekutive Sollmanns und Seeckts breitete über Sachsen die Herrschaft des weißen Terrors aus. Die Gemeinderatswahlen fanden inmitten dieses beispiellosen Terrors statt. Die Reichs- und Landespolitik der Sozialdemokratie sicherte damals den bürgerlichen Parteien in der Minderheit blieben. Seit der Reichs- während Kommunisten und Sozialdemokraten mit 43,5 Prozent der Stimmen zum erstenmal gegenüber den bürgerlichen Parteien in der Minderheit blieben. Seit der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 bewegt sich die Kurve der Arbeiterstimmen wieder in aufsteigender Linie. Wenn es im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl am 26. April 1925 dem monarchistischen Kandidaten gelang, über 700 000 Stimmen mehr zu erhalten, als der „republikanische" Kandidat Marx und der Kandidat der Arbeiterschaft, Thälmann, zusammen, so lag das in erster Linie an dem Eintreten der SPD.-Führer für den reaktionären Zentrumsmann Marx. Die sozialdemokratischen Arbeiter machten kein Hehl daraus, daß sie einem Zentrumsplaffen ihre Stimme nicht geben können. Die Kommunisten waren allein zu schwach, um die durch die Politik der SPD. herbeigeführten Verluste wettzumachen.

Seit der Reichspräsidentenwahl befindet sich jedoch die Arbeiterklasse in einem ununterbrochenen Vormarsch. Bei **einer ernsten energischen Arbeit muß es möglich sein, in Sachsen zum Volksentscheid 2 Millionen Stimmen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten aufzubringen.** Die Zahl der Wahlberechtigten betrug am 26. April 1925 in Sachsen 3 281 725. Es leuchtet also ohne weiteres ein, daß 2 Millionen Stimmen für die Fürstenenteignung in Sachsen keine übertriebene Forderung darstellen, zumal wenn man berücksichtigt, daß beim Volksentscheid starker Zuzug aus kleinbürgerlichen Bevölkerungskreisen zu erwarten ist. Also aus Kreisen, die bei Parlamentswahlen

Der Mietwucher beschlossen

Der Reichstag hat gestern den Ausschußantrag, der die Erhebung der vollen Friedensmiete vom 1. Juli 1926 an vorsieht, angenommen. Der kommunistisch-sozialdemokratische Antrag, den Zeitpunkt für die Erhebung der vollen Friedensmiete vom 1. April 1926 auf den 1. April 1927 zu verschieben, wurde gegen die Stimmen der KPD. und SPD. abgelehnt.

Genosse Hüllein rechnete in scharfer Weise mit den Phrasen der Regierung ab, die eine „sozialgerechte Verteilung der Lasten" versprochen hatte. Die auf Geheiß des Schwerkapitals durchzuführende Mietenerhöhung ist zwar um ein Vierteljahr hinausgeschoben worden, weil die Regierung die Erbitterung der Massen fürchtet. Aber auch vom 1. Juli erlaubt das Elend von Millionen die Erhebung der Friedensmiete nicht. Die Folge dieses Entschlusses wird sein eine weitere erhebliche Senkung des Konsumes mit seinen unheilvollen Folgen auf die allgemeine Konjunktur und seine Rückwirkungen auf die Produktion, durch die nur eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit herbeigeführt wird.

Die Ausrede der Landesregierung, daß ihr Wohnungsbauprogramm scheitere, wenn keine erhöhten Einnahmen durch die Mietsteuer zu verzeichnen seien, ist geradezu lächerlich, da der weitaus größte Teil dieser Steuer nicht für Wohnungsbau, sondern zur Erleichterung der Steuerlasten für die Besitzenden verwendet wird.

Uebrigens hat der preußische Minister Hirtsiefer in einer Zentrumsversammlung im Ruhrgebiet selbst zugegeben, daß das preußische Wohnungsbauprogramm von 100 000 Wohnungen im Jahre 1926 nur Bluff ist und höchstens 40—50 000 Wohnungen gebaut werden. Die unhaltbaren Verhältnisse im Wohnungswesen können nur durch Durchführung des kommunistischen Wohnungsbauprogramms beseitigt werden, für das im Reichstag allerdings keine Mehrheit zu finden ist.

Luthers Rede in Hamburg

Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Gestern hielt im Hamburger Rathaus der Reichskanzler Luther eine Rede, in der er forderte, daß die Besetzung des Völkerbundsrates erst vorgenommen werden, nachdem Deutschland bereits Mitglied des Rates geworden wäre. Luther hält sich mit dieser Forderung genau auf der Linie des englischen Imperialismus. Aus London wird berichtet, daß die englische Regierung beabsichtigt, in Genf als Kompromißformel vorzuschlagen, daß ein Unterausschuß zur Prüfung aller Ansprüche auf Ratssitze gebildet würde. Durch diesen Vorschlag wird die ganze Frage aufs neue verschleppt.

Der verbrecherische Untersuchungsrichter

Berlin, 3. März. Die „Rote Fahne" meldet heute: Der Verbrecher Jürgens hatte vor ungefähr 2 Wochen bereits alle Vorbereitungen für einen geplanten Einbruch in seiner Berliner Wohnung getroffen. Er ließ aus seiner Wohnung in der Alnenslebener Straße 3 große Koffer mit Silbersachen abholen, von denen er 2 in der Pfandleihanstalt in der Schützenstraße 72 deponierte und den dritten in der Filiale der Mitteldeutschen Kreditbank, Friedrichstraße, aufbewahrt hatte. Zweifellos hat Jürgens diese Silbersachen unter falschem Namen deponiert. Jürgens wollte vermutlich, nachdem er wieder einmal bei sich selbst eingebrochen hatte, behaupten, daß ihm die Kommunisten die 3 Koffer mit Silber gestohlen hätten. Das wäre eine gute Gelegenheit gewesen, wieder einen großen Kommunistenprozeß aufzuziehen und in der Presse eine Programmhetze gegen die Kommunistische Partei zu entfalten und außerdem die Versicherungsgesellschaften um erhebliche Summen zu prellen. Dieser Plan ist jetzt gestört worden. Wir sind in der Lage, diese Angaben durch Zeugenaussagen zu beweisen.

Die Leipziger Arbeiter „begrüßen" den „Retter"

Leipzig, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Retter Hindenburg kam gestern nach Leipzig zur Messe. Eine Demonstration, die sich nach einer Erwerbslosenversammlung gebildet hatte, wurde im Auftrag des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten auseinandergesprengt. Die Demonstranten zogen sich auf dem Augustusplatz wieder zusammen und wollten von dort nach dem Schloßplatz, wo die Bürger zum Empfang Hindenburgs Spalier gebildet hatten, marschieren. Beim Vorbeifahren Hindenburgs hoben sich die geballten Fäuste der Erwerbslosen. „Nieder mit Hindenburg!" erscholl es aus Tausenden von Kehlen. In Tode erschrocken, freilich ob dieser „Begrüßung", fuhr der „Retter" zum Reichsgericht. Den Empfang einer Erwerbslosendelegation lehnte er ab.

ihre Stimme für die bürgerlichen Parteien abgegeben haben.

Die bürgerlichen Parteien, die Regierung und die rechten Sozialdemokraten lehnen die Auflösung des Landtages vor seinem gesetzlichen Ende im Herbst dieses Jahres ab. Die Gründe für die Ablehnung der Landtagsauflösung sind sehr durchsichtig. Landtagswahlen inmitten einer scharfen Wirtschaftskrise und im Zusammenhang mit der Volksentscheidbewegung drängen die Fürstenknechte und Unternehmerlakaien von vornherein in die Defensive. **Eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit ist das sichere Ergebnis der Neuwahlen.** Die kommunistische Fraktion wird bedeutend verstärkt in den Landtag zurückkehren. Wenn die Linken ihre Versprechungen vor der Arbeiterschaft einhalten, wird auch die sozialdemokratische Fraktion nach den Neuwahlen im Gegensatz zur jetzigen Fraktion keine Koalitionspolitik, sondern Klassenpolitik im Interesse des Proletariats treiben müssen. Diese Situation will jedoch die Bourgeoisie gemeinsam mit den rechten sozialdemokratischen Führern verhindern. Deshalb die Ablehnung des kommunistischen Auflösungsantrages und die Sabotage der sozialdemokratischen „Sprengungsanträge". Es kann heute bereits festgestellt werden, daß die Anträge des sozialdemokratischen Landesparteitages selbst von der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion nicht angenommen werden und daß auch trotz der Ablehnung dieser Anträge die SPD. den Landtag nicht bis Anfang März auflösen wird.

Die sächsische Arbeiterschaft kann sich in ihren Entscheidungen jedoch nicht von den parlamentarischen Manövern der sozialdemokratischen Führer beeinflussen lassen. Die Arbeiter führen den Kampf um den Sturz der Heldregierung und für die Auflösung des Landtages weiter. Im Kampf gegen die Heldregierung ist das Volksbegehren eine scharfe Waffe. Je höher die Zahl der Einzeichnungen beim Volksbegehren ist, um so mehr kann diese Tatsache im Kampf für die Landtagsauflösung ausgewertet werden. Beim Volksentscheid wird die Situation in dieser Beziehung noch klarer. **Die Heldregierung hat sich für die Entschädigung der ehemaligen deutschen Potentaten erklärt. Die sächsische Koalitionsregierung ist gegen eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten.** Sie hat zweimal erklärt, daß an dem Abfindungsvertrag der Koalitionsregierung mit den Wettinern nicht gerüttelt werden dürfe. **Der Volksentscheid gegen die Fürsten ist also gleichzeitig ein Volksentscheid gegen die Heldregierung.** Die Heldregierung wird niemals eine Revision ihres Abfindungsvertrages mit dem „Familienverein Wettin" vornehmen. Deshalb muß sie einer Regierung Platz machen, die den festen Willen hat, im Sinne des Volksentscheides den abgeschlossenen Vertrag zu annullieren und die entschädigungslose Enteignung der Wettiner durchzusetzen. Die Frage der Fürstenenteignung steht also im engsten Zusammenhang mit dem Kampf der sächsischen Arbeiter gegen die Heldregierung und für die Landtagsauflösung.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die geschlossen den Widerstand ihrer Führer gegen den Volksentscheid niedergekämpft haben, die mit Begeisterung gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern alle Arbeiten für das Volksbegehren leisten, müssen den Volksentscheid ausnutzen, um endlich ihrem Willen und ihren Parteibeschlüssen gegenüber den 23 Rechten Geltung zu verschaffen. Die Interessen der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter im Kampf für den Volksentscheid, für die Landtagsauflösung und gegen die Heldregierung sind die gleichen. Das gemeinsame Klasseninteresse muß auch die Einheitlichkeit des Kampfes stärken. Das kann aber nur geschehen, wenn das gemeinsame Klasseninteresse nicht nur in der Propaganda und in der Zeitung zum Ausdruck kommt, sondern wenn es auch organisatorisch gefestigt wird. Die bereits in vielen Orten und in vielen Betrieben gebildeten Einheitskomitees zeigen einen praktischen Weg. Die ersten Schritte sind gemacht. Weitere müssen folgen. Ist im Kampf für die Fürstenenteignung die Einheitsfront auch organisatorisch gefestigt worden, dann wird dies die Schlagkraft der Arbeiterklasse in den nächsten Kämpfen bedeutend steigern. Die Aufgaben, die die Arbeiter in der nächsten Zeit zu lösen haben, können nur erfüllt werden durch Geschlossenheit und Einmütigkeit. Die bürgerlichen Parteien wollen eine Atempause bis zum Herbst. Das darf nicht gewährt werden. Die Arbeiterschaft muß dem Gegner auf den Hacken bleiben. **Darum Einheitsfront im Kampf gegen die Fürsten und Unternehmerknechte! Darum bildet Einheitskomitees!**

Aufruf
gegen die Fürsten — für das Volk!

Die Internationale Arbeiterhilfe, welche stets für die durch Natur- und Wirtschaftskatastrophen in Not geratene Bevölkerung eintrat, sieht in dem Raubzug der Fürsten eine weitere ungerechte, unsoziale Belastung der Bevölkerung.

Der Staat, welcher nie Geld für die betreffenden Volksschichten hatte, will Millionen an Gütern und Geld den Fürsten schenken.

Jetzt haben sich, wie schon lange innerhalb der IAH., Pazifisten, Kommunisten und Sozialisten, sowie weiteste Kreise des Bürgertums zusammengeschlossen zur gemeinsamen Tat. Alle, ob Hand- und Kopfarbeiter, ob Angestellte oder Kleinbauern, alle gehören zu der großen sozialen Schicht der Unterdrückten, welche heute zusammenstehen müssen, um mit allen Kräften die Durchführung des Volksbegehrens zu erreichen und den beabsichtigten Raub am Volksgut zu verhindern.

Darum rufen wir der breiten Oeffentlichkeit zu: Stellt den maßlosen Forderungen einer überlebten Fürstenclique die gerechten Forderungen des gedrückten Volkes gegenüber:

Die Opfer dieses Krieges von Wilhelms Gnaden, Opfer dieser Wirtschaftskrise: Die Milliarden mögen dazu dienen, eure kümmerlichen Unterstützungen auf eine menschenwürdige Höhe zu bringen!

Arbeitermütter und Arbeiterfrauen! Die Schlösser und Parks sollen als Erholungsstätten für euch und eure Kinder benutzt werden!

Landarbeiter und Kleinbauern! Die großen Domänen und Gutshöfe sollen aus Jagdgründen zu Siedlungsland für das schaffende Volk werden!

Ueber 3 Millionen Erwerbslose in Hunger und Not — und zweieinhalb Milliarden für die Fürsten! Wer den Fürsten Milliarden gibt, dient der monarchistischen Reaktion!

Ueberall sucht die Reaktion den Volksentscheid zu verhindern und zu erschweren. Jeder einzelne muß sich jetzt einreihen, sonst ist er mitverantwortlich für die Verschleuderung von Milliarden.

Verweigert diese Gelder!

Schaffende in Stadt und Land! Wir fordern euch auf, euch einzuzeichnen für das Volksbegehren!

Heraus zum Volksentscheid!
Gegen die Fürsten — für das Volk!

Dr. Kurt Hiller, Ernst Toller, Prof. H. Zille, F. Reimann (Schriftsteller), Henry Hellbeanz (Schriftsteller), E. J. Gumbel (Dozent), Herzfelde-Wieland, Arthur Holitscher (Schriftsteller), Prof. Käthe Kollwitz, Berta Lask (Schriftstellerin), Dr. Levenstein, Lu Märten (Künstlerin), Erwin Piscator (Regisseur), Rosebery d'Arguto (Komponist), Hugo Döblin (Schauspieler), Faeder, Berlin, Prof. Dr. Friedemann, E. Fuchs (Schriftsteller), George Groß (Maler), Dr. Alzmeier (Arzt), Dr. Arthur Ausländer (Studienrat), J. R. Becher (Schriftsteller), Rudolf Belling, Berlin, Prof. Damaschke, Erich Baron, Berlin, Dr. Leo Klauber, Prof. Dr. Reich, Dr. Lothar Wolf, Alfons Paquet (Schriftsteller), John Heartfield (Maler), Meta Kraus-Fessel (Reg.-Rätin a. D.). Das Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe, Willi Münzenberg, Georg Ledebour, Paul Scholze, Der Reichsausschuß des Bundes der Freunde der IAH.: Fritz Dangmer, Martha Arendsee, Dr. Fritz Weiß, Dr. Minna Flake, Otto Lehmann, Frau Hofmann-Gwinner.

Eine zweite Verordnung der sächsischen Regierung zum Volksentscheid

Die sächsische Regierung hat auf dem Verordnungswege jetzt die Bestimmungen des Reichsministers des Innern über das Volksbegehren bekanntgegeben. Im Anschluß daran bestimmt das sächsische Gesamtministerium:

Aus eingegangenen Anfragen ist zu ersehen gewesen, daß manche Gemeindebehörden der Meinung sind, nur die in der Stimmliste oder Stimmkartei für die Wahl des Reichspräsidenten vom 26. April 1925 eingetragenen Personen seien zur Eintragung für das Volksbegehren berechtigt. Diese Auffassung ist unzutreffend. Nach § 33 des Gesetzes über den Volksentscheid ist eintragungsberechtigt, wer am Tage der Eintragung zum Reichstag wählen kann.

Zur Behebung aufgetretener Zweifel wird darauf hingewiesen, daß die für Reichswahlen und -abstimmungen geltenden Vorschriften über die Oeffentlichkeit der Abstimmungshandlung für das Eintragungsverfahren nicht gelten. Die Räume, in denen die Eintragungslisten zur Eintragung ausliegen, sind als Diensträume der Gemeindebehörden anzusehen. Es läßt sich daher nicht vermeiden, daß Personen bei der Erledigung dort zuständiger Angelegenheiten von den Eintragungen Kenntnis erlangen, die während ihrer Anwesenheit bewirkt werden.

Eine dauernde Besetzung der Eintragungsräume mit Beauftragten der Antragsteller oder Obleuten von Parteien zur Ueberwachung des Eintragungsverfahrens ist unzulässig. Dagegen bestehen keine Bedenken, wenn Beauftragten der das Volksbegehren betreibenden Parteien auf Wunsch allgemeine Auskünfte über den Fortgang der Eintragungen gegeben werden, weil die Antragsteller rechtzeitig sich zu vergewissern haben, ob Eintragungslisten oder Einlagebogen dazu noch nachzuliefern sind.

Achtung! Volksbegehren!

Wer ist einzeichnungsberechtigt?

Nach dem Reichsgesetz ist zur Einzeichnung in die Eintragungsliste für Volksbegehren jeder Reichstagswähler berechtigt, der am Tage der Eintragung das zwanzigste Lebensjahr erreicht hat.

Da die Wählerlisten der letzten Wahl (Reichspräsidentenwahl) für die Behörden als Grundlage dienen, müssen alle Wahlberechtigten, die seit der Reichspräsidentenwahl (26. April 1925) bis zum 17. März 1926 das zwanzigste Lebensjahr erreichen, sich nach § 79 2 Abs. 1 der Reichsstimmordnung sofort von ihrer zuständigen Gemeindebehörde einen Eintragungsschein besorgen.

Die nach der Präsidentenwahl zwanzig Jahre alt gewordenen Wahlberechtigten können ohne Eintragungsschein sich nicht am Volksbegehren beteiligen.

Alle Parteigenossen werden aufgefordert, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen.

Achtung! Wichtige Bestimmung!

Eintragsberechtigung erst nachher geprüft.

Berlin, 27. Febr. (Amtlich.) Der Reichsminister des Innern hat auf Anregung des Deutschen Städtetages zur Erleichterung des Außendienstes in den größeren Städten für die Durchführung des Volksbegehrens den Gemeinden über 20 000 Einwohnern freigestellt, die Prüfung der Eintragungsberechtigung nicht bei der Eintragung selbst, sondern erst nachher binnen drei Tagen vorzunehmen, so daß bei der Eintragung zunächst nur die Identität der Person geprüft zu werden braucht.

Eintragungsberechtigte, die aus einer Gemeinde mit laufend geführter Stimmkartei verzogen sind, können einen Eintragungsschein von der Gemeindebehörde ihres neuen Wohnsitzes erhalten. Für das Prüfungsverfahren kann, wenn die Stimmlisten und Stimmkarteien der letzten Reichstagswahl nicht mehr brauchbar sind, ein neues für eine spätere öffentliche Wahl (Landtag, Provinziallandtag) aufgestelltes Wählerverzeichnis zugrunde gelegt werden.

SPD.-Parteivorstand gegen die Einheitskomitees

Berlin, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteivorstand der SPD. hat einen Aufruf zum Volksbegehren erlassen, in dem er an der Ablehnung der Einheitskomitees festhält.

Sabotageaktion gegen das Volksbegehren

Gotha, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Die niederträchtige Sabotage des Volksbegehrens zeigt sich in Gotha besonders kraß. Nach einer amtlichen Mitteilung steht für die 20 000 Abstimmungsberechtigten der Stadt nur eine Polizeiwachstube zur Eintragung in die Liste zur Verfügung.

Todesurteil im Völkelprozeß

Leipzig, 2. März. (Telunion.) Das Schwurgericht verurteilte heute die Ehefrau des Polizeioberwachtmeisters Völkel und ihren Bruder, den polnischen Kriminalkommissar Joan Zilli aus Lodz, die den Polizeioberwachtmeister Völkel ermordet, die Leiche zerstückelt und einzelne Leichenteile in einem Waschkessel gekocht haben, zum Tode.

Stürmische Locarnodebatte in der französischen Kammer

Paris, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) In der Kammer wurden die Locarnoanträge nach 5tägiger Debatte mit 413 gegen 71 Stimmen bei etwa 60 Stimmenthaltungen angenommen. Gegen Ende der Kammersitzung kam es zu ungeheuren Skandalszenen der Abgeordneten der Rechten und Mitte, als der kommunistische Abgeordnete Huber aus dem Elsaß seine Rede in elsässischem Deutsch hielt. Er erklärte: Früher haben wir unter den deutschen Kapitalisten zu leiden gehabt, heute leiden wir unter den französischen. Das ist der ganze Unterschied. Infolge des ungeheuren Lärms mußte Herriot die Kammersitzung vertagen.

Sarrasani

Herr Stosch hat Energie. Aus einem verlotterten Provinzzirkus hat er in kurzer Zeit eine repräsentable Großstadtschau gemacht. Schwach geblieben ist die Streichkapelle und Eichbergers klassisch-nationale Freiheitsdressuren. — Die Nationalisten haben augenblicklich eine Pechsträhne! — Stosch soll die Kanonen mit der Wacht am Rhein verschwinden lassen. Eichberger ähnelt Ludendorff — alte Schule, schlechte Führung, keine Nerven. Der zirzensische Teil gewinnt, wenn die Nummer wegbleibt.

Zeitentsprechend gibt man eine Tanzrevue. Die Kleidung der 24 „scheidigsten" Tänzerinnen sagt alles über diese Zeit — auch ohne Druckfehler: Nackt im Zylinder mit Straußfedern! Erneute Feststellung: Quantität schlägt durch Exaktheit in Qualität um. Zwei körperlich durchgebildete Solotänzerinnen überraschen durch Leichtigkeit und Stärke des Ausdrucks. Wirklich sehenswert wird das Programm durch den parodistischen Teil. Zunächst unpolitisch. Zwei Clowns verulken Elefantendressur. Und dann ungewollt politisch: Persiflage des Kommiß. Der Rekrut am Reck und der Kanonenkönig Nevin. Leider tötet Lächerlichkeit nicht in Deutschland. Sonst wären die schwarzweißroten Kraftmeier alle tot. Und die Ueberlebenden erhielten von mir eine Freikarte für Sarrasani. J—s.

NB. Der Zirkus und seine propagandistischen Möglichkeiten im Arbeiterstaat!!

Moskauer Brief

Besuch in Zelle „Amo", Moskau.

A. W., Ostsachsen.

Also heute geht es das erstemal in eine russische Zelle. Um 5 Uhr nachmittag werden wir vom Auto abgeholt und schon geht es mit „Volldampf" los. Das erstemal seit unserer Anwesenheit in Moskau fahren wir durch den Vorstadtbereich. Bisher waren wir aus dem inneren Bereich der Stadt noch nicht herausgekommen, da unsere Ausweise noch nicht fertig waren. Die Geschicklichkeit des Autolenkers zeigte sich besonders bei den Straßenkreuzungen. Hier versuchen die in dicke Pelze eingehüllten Lenker der zahlreichen Bauernschlitten schnell noch über die Straße zu gelangen. Diese Schlitten sind jetzt in der mit hartgefrorenem Schnee bedeckten Stadt eine typische Erscheinung. Teils sind es Transportschlitten, welche Pakete, Holz und allerhand Materialien mit sich führen, die aber auch die Unmengen von Schnee wegschaffen, teils sind es Personenschlitten mit einem oder zwei Sitzen. Unser Auto windet sich durch das Gewirr und weiter geht es auf der etwas freier werdenden Landstraße. Ab und zu streifen wir hart die an der Seite aufgetürmten Schneehaufen, dann wieder fahren wir in eine Furche, welche sich in der dicken Schneekruste gebildet hat. Immer sind wir in schaukelnder Bewegung.

Endlich halten wir am Fabriktor. Es ist eine Automobilfabrik, deren flache, breite Werkstätten ein großes Terrain einnehmen.

Im Pförtnerhaus stehen etwa anderthalb Dutzend Gewehre. Bei deren Anblick denken wir unwillkürlich an unsere [illegible]keit. Im Klubzimmer erwarten uns schon die Genossen. Es ist ausgeschmückt mit Wandzeitungen aller Art. Ein Leninmausoleum in Miniatur mit wirkungsvollem roten Hintergrund, eine reichhaltige Bücherausstellung und dergleichen geben dem Raum ein eigenartiges Gepräge.

Es ist keine Zellenversammlung, sondern eine Sitzung des Zellenbureaus. Im Betriebe, welcher 1500 Personen beschäftigt, gibt es 6 Abteilungszellen, welche wiederum in einzelnen Kommissionen ihre Arbeit erledigen. Die gesamte Arbeit aber wird von dem Zellenbureau geleitet, welches aus 11 Genossen besteht. Der Vorsitzende ist von der Zelle freigestellt. An dieser Sitzung können alle aktiven Genossen teilnehmen und Fragen stellen. An diesem Tag waren gegen 40 Genossen anwesend. Aus dem Bericht ging hervor, daß der Betrieb 300 Parteimitglieder und 80 Kandidaten zählt.

Dabei muß aber noch berücksichtigt werden, daß die Aufnahme in die Partei eine Auszeichnung darstellt. Jeder wird erst genau geprüft, ehe er aufgenommen wird. Für die Kandidaten ist eine Probezeit festgesetzt, welche bei Industriearbeitern kürzer ist, als bei denen, welche aus dem Dorfe gekommen sind. Die Sitzung dauerte von 5 bis 10.30 Uhr. Für uns bedeutete das eine ziemliche Anstrengung, da wir am Tage schon Sitzungen hinter uns hatten. Ueberdies erheischt die Methode des Uebersetzens während der Verhandlungen erhöhte Aufmerksamkeit. Aber es tat sich für uns eine neue Welt auf. Mit einer Ruhe und Gründlichkeit wurden alle Probleme behandelt. Welch ein Gegensatz im Verhältnis zu uns in Deutschland. Bei uns herrscht zum großen Teile noch die Phrase, viele Genossen können sich leider noch nicht daran gewöhnen, die Diskussion ohne jeden persönlichen Beigeschmack zu führen, und dadurch wird die Arbeit ungeheuer erschwert. Hier sieht man Proleten, welche sich ihre schriftlichen Kenntnisse teilweise erst in den letzten Jahren angeeignet haben, und jetzt noch dauernd lernen müssen. Bei diesen stehen Probleme sehr ernster Natur, die unbedingt gelöst werden müssen, und sie tun das auch mit einem bewundernswerten Eifer. Hier ist schon ein Apparat geschaffen, welcher jede Arbeit bis ins kleinste organisiert und fast jeden einzelnen Arbeiter erfaßt.

Ein wichtiger Punkt ist die Steigerung und damit die Besserung der Produktion. Der Rote Direktor und der Meister der Schlosserei, sowie der Vorsteher der Kontrollabteilung sind anwesend und erläutern sachlich alle Mängel und Schwierigkeiten.

Ein Vergleich des Roten Direktors in seiner Einfachheit, welcher hier die höchste Funktion ausübt, mit einem sozialistischen Betriebsratsvorsitzenden in Dresden, welcher im Stehkragen in dem Betrieb herumläuft und damit seine geistige Leere übertünchen will, reizt mich zum Lachen.

Die Diskussion erfolgt auf breiter Grundlage, und sehr viele Genossen beteiligen sich daran. Eine sehr praktische Einrichtung ist das Stellen von Fragen mittels Zettel, welche dem Vorsitzenden abgegeben werden, dadurch wird sehr viel Zeit gespart und doch alles erledigt.

Alles in allem, diese Sitzung stellt für uns ein wichtiges Erlebnis dar. Nach kurzem Abschied führt uns unser Auto wieder in unser Quartier zurück. Trotz später Nachtstunde (es ist gegen 12 Uhr) herrscht überall noch reges Leben.

Moskau, die „tote" Stadt?

Die sozialdemokratischen Parteien, ihre Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung der Gegenwart. Herausgegeben von E. Varga, Verlag Karl Hoym, Hamburg. Unter diesem Titel erschien soeben eine Sammlung von Abhandlungen über die sozialdemokratischen Parteien folgender Länder: Deutschland, Frankreich, England, Italien, Belgien, Oesterreich, Tschechoslowakei und Balkan. Die Absicht dieses Buches ist, die Mannigfaltigkeit des Aufbaues und der Methoden der Sozialdemokratie, deren Kenntnis für jeden Funktionär, der im täglichen Kampfe mit der Sozialdemokratie steht, sehr wertvoll ist, zu schildern.

Ist die politische Betätigung der Frau notwendig?

Von Dorothea Wettengel.

Man sollte eigentlich meinen, daß es auf die Frage nach der Notwendigkeit der politischen Betätigung der Frau nur eine Antwort geben könne und daß mithin überhaupt diese Fragestellung überflüssig sei. Das ist richtig und doch begegnet man immer wieder bis in die Kreise aufgeklärter Arbeiter hinein der Auffassung, daß von einer politischen Betätigung der Frau nichts wesentliches zu erwarten und die Frau ihrer „natürlichen Bestimmung“ zufolge eben doch mehr oder weniger „aufs Haus“ angewiesen sei. Bei dieser Einstellung der Männer ist es nicht verwunderlich, wenn die Frauen das politisch rückständigste Element darstellen. Und doch ist es gerade für die revolutionäre Bewegung von großer Bedeutung, ob sie von den Frauen erfaßt und gewonnen oder nicht verstanden und deshalb sabotiert wird. Das Bürgertum ist nicht ohne Grund so ängstlich darauf bedacht, „das Heiligtum der Familie“ besonders den Arbeiterfrauen ans Herz zu legen. Es ist ihm dabei natürlich nur darum zu tun, die innerlich schon längst verfaulte Hülle künstlich zu stützen. An die Schaffung wirklicher Grundlagen für die Familie — wie Sicherung der Existenz jedes einzelnen, gesunde, menschenwürdige Wohnungen usw. — denkt es nicht. Trotzdem läßt sich noch ein großer Teil der Arbeiterfrauen von dem Wort „Familie“ blenden. Haben sie denn noch irgendwo ein Familienleben? Wer hat eine ausreichende Wohnung? Wer hat gesicherten Verdienst? Wo hat jedes Kind sein eigenes Bett? Welche Mutter kann sich in Ruhe ausschließlich Mann und Kindern widmen? Wo ist der Vater, der sich um die Erziehung seiner Kinder kümmern kann? Diejenigen, die zusammen in einer sogenannten Wohnung auf dem Boden oder im Keller einen Unterschlupf gefunden haben, sind noch glücklich, die Erwerbslosenunterstützung der ganze Familie, die Kinder schlafen zu dreien und vieren auf Lumpen in einem Bett, am Tage treiben sie sich unbeaufsichtigt auf der Straße herum, während Vater und Mutter in irgendeiner Kolle für erbärmlichen Lohn arbeiten müssen, der Vater bekommt seine Kinder höchstens Sonntags zu sehen — das ist unsere heutige Familie! Und dieses ganze Elend, dieser Jammer wird noch zur Kette im Kampfe um unsere Befreiung. Was anderes als die Rücksicht auf die Familie, auf Frau und Kinder hält auch tüchtige, aufopferungsvolle Genossen von der Wahrung ihrer Interessen im Betriebe und von der letzten Konsequenz ab? Hier gilt es für die Frauen, einzuspringen. Das Wort, daß wir nur unsere Ketten zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen haben, ist noch immer wahr. Wenn wir das erkannt haben, dann gilt es mitzuarbeiten. Nicht fragen, warum soll gerade ich es sein, warum gerade mein Mann, es sind doch noch genug andere da? Es muß gerade im Gegenteil jede Frau und jedes Mädchen sich bewußt werden, daß es gerade auf sie ankommt, und daß sie allen Anderen diese Ueberzeugung beibringen muß. — Viele Frauen suchen ihrem Leben einen tieferen Inhalt zu geben, deshalb auch die Neigung zur Religion. Die Vorstellung des Weiterlebens nach dem Tode, der Wunsch, nicht umsonst gelebt zu haben, läßt noch Tausende der Kirche anhängen. Dieser Wunsch aber kann seine Erfüllung auf eine andere, bessere Weise finden. Nicht, indem man, egoistisch nur auf sich bedacht, beiseite steht, sondern mitarbeitet an der Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung, in der jedem sein Recht wird. Auf irgendeine Weise kann sich jede Frau betätigen. Der erste Schritt wird getan, indem man den Mann, der tatsächlich mitten in der Bewegung steht, nicht mit Vorwürfen und Klagen zurückhält und so alles gefährdet, sondern mitgeht in die Versammlungen und versucht, sich über alle Fragen Aufklärung zu verschaffen. Wir Frauen müssen es machen wie die russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen, die, des Lesens und Schreibens unkundig, ausgebeutet, geschlagen und getreten wie armes Vieh, alle ihre Kräfte zusammennahmen, sich zusammenschlossen, lernten, was ihnen noch fehlte und die Aufklärung unermüdlich weitertrugen. Heute ist die russische Mutter mit ihrem Kind geschützt, die Schlösser und Paläste sind Erholungsheime für Arbeiter. Der Arbeiter bekommt bessere Wohnungen zu billigeren Preisen als derjenige, der nicht arbeitet. Keine Zuchthausparagraphen bedrohen die Frau, die nicht Mutter werden will! Für das Alter ist gesorgt. Dort sind aber auch Debatten oder Volksentscheide über Fürstenabfindungen unnötig — die Fürsten sind gründlich abgefunden! Sind das nicht alles Ziele, die wert sind, daß man dafür kämpft?

In der Zeit vom 1. bis 8. März veranstalten die revolutionären Frauen aller Länder eine internationale Kampfwoche mit Versammlungen und Demonstrationen. Die Frauen, die noch abseits stehen, sollen dadurch aufgerüttelt und veranlaßt werden, sich ihnen anzuschließen. **Benutzt diese Gelegenheit und macht alle Frauen und Mädchen auf diese Veranstaltungen aufmerksam. Der 7. März, der Tag der Demonstrationen, muß zeigen, daß die Arbeiterinnen nicht länger gewillt sind, stumpf wie Tiere ihr Joch zu tragen, sondern daß sie ihr und ihrer Kinder Geschick, das Geschick der Völker, selbst in ihre Hände nehmen wollen und sich der Größe ihrer Aufgabe bewußt sind.**

Die Dresdner Angestellten des Deutschen Baugewerksbundes halten auf „Tradition“

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Es ist eine alte Tatsache, daß man die Geistesverfassung von Menschen, die man noch nicht näher kennt, erraten kann an dem Wandschmuck, den ihre Wände zieren. Nun kennt zwar jeder Arbeitskollege die Leute, von denen in der Ueberschrift die Rede ist, zur Genüge, aber ich glaube, es ist trotzdem nicht müßig, sich mal einmal die Arbeitsräume unserer Angestellten auf diese Tatsache hin anzusehen! Da ist man zunächst erfreut, wenn man unter Glas und Rahmen rote Fahnen und die kernigen Worte Georg Herweghs: „Mann der Arbeit, aufgewacht! — Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ und ähnliches findet. Aber das scheint nur eine kleine Erinnerung von der „Sturm- und Drangperiode“ der Gewerkschaftsbewegung zu sein. Dann bringt der Blick weiter vor, ja dann trifft er auf eine „Tradition“ der Gewerkschaftsbewegung, die dem Proletariat 10 000 000 Tote und ebensoviel Verwundete gekostet hat. Das war ja auch für gewisse Leute eine schöne Zeit, als „unabkömmlich“ den Sessel drücken zu können und Ruhe zu haben vor solchen für einen Gewerkschaftsbeamten unangenehmen Dingen, wie Streiks usw. Und so sagt man sich denn auf der Ritzenbergstraße (wohin nie ein Schuß gefallen ist), die Erinnerung an diese glorreiche Zeit muß ein Gewerkschaftsbeamter hochhalten. Ergo gehört in ein Arbeitszimmer der Gewerkschaft das Bildnis des „Nationalisten“ Dr. Ludwig Frank, der als Kriegsfreiwilliger unbeschadet seiner sozialistischen Ueberzeugung unter schwarz-weiß-roter Fahne kämpfte. Das Bild allein sagt aber scheinbar noch nicht genug, weshalb man die Worte darunter gedruckt hat:

> „Mit Worten konnt' er vieles Gute schaffen,
> Unsterblichkeit nur mit den blanken Waffen.“

Ich als Arbeiter empfehle, links daneben den eisernen Hindenburg und rechts Gustav Noske zu hängen, vielleicht ließe sich dann auf dieser Grundlage eine neue „Dreisäulentheorie“ oder etwas Aehnliches für die Reformisten aufstellen!

Generalappell

des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Jungfront am 6. März 1926

als Auftakt zum Volksbegehren und Märzaufgebot.

Sonnabend den 6. März, abends 6 Uhr: **Antreten sämtlicher Ortsgruppen und Abteilungen des RFB. Umzüge durch Ort- resp. Stadtbezirk. Mitwirkung sämtlicher Spielmannszüge und Musikchöre. Aufstellung auf öffentlichem Platz: Appell an alle Kameraden, Sieg des Volksbegehrens durch Anspannung aller Kräfte zu sichern.**

Sonntag den 7. März, vormittags 9 Uhr: **Treffpunkt in allen Abteilungslokalen, Sprechchöre auf Straßen, Höfen. Umzüge.**

Vom 8. bis 13. März **treffen sich alle RFB.- und Jungfront-Kameraden in ihren Abteilungslokalen, um den Schlepperdienst zu übernehmen. Der Abteilungsleiter oder Verbindungsmann holt vom gemeinsamen Komitee der SPD. und KPD. die Adressen der zur Einzeichnung heranzuholenden Einwohner.**

Sonntag den 14. März: Mobilisierung der Provinz in Zusammenarbeit mit allen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eintretenden Organisationen. Zurückbleibende Kameraden versehen Schlepperdienst am Ort.

Die Parolen der Gesamtorganisation:

Sieg des Volksbegehrens!

Kampf gegen Terror der Faschisten und Sabotage der Fürstenknechte. Einreihung breiter Massen des Jungproletariats in die rote Klassenfront!

Im Zeichen der roten Einheitsfront wird die deutsche Arbeiterklasse siegen.

Mit Rot Front!

Thälmann. Leow. Olbrich.

Die Regelung der Kurzarbeiterunterstützung

Auf Grund des Paragraph 10 Absatz 1 und Paragraph 42 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 hat der Reichsarbeitsminister Dr. Braun durch den Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung folgende Anordnung über die Regelung der Kurzarbeiterunterstützung erlassen.

Für Kurzarbeiter gelten folgende Bestimmungen:

Arbeitnehmer eines gewerblichen Betriebes, in dem regelmäßig mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigt werden, erhalten aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge Kurzarbeiterunterstützung, wenn in einer Kalenderwoche drei, vier oder fünf volle Arbeitstage ausfallen und dadurch der Arbeitsverdienst entsprechend verringert wird.

Wird in regelmäßigem Wechsel eine Kalenderwoche gearbeitet und eine Kalenderwoche gefeiert (Wochenschichtwechsel), so steht die Feierwoche dem Ausfall von je drei vollen Arbeitstagen in den beiden Kalenderwochen gleich.

Heimarbeiter erhalten keine Kurzarbeiterunterstützung.

Die Kurzarbeiterunterstützung darf in jeder Kalenderwoche, wenn drei Arbeitstage ausfallen, einen Tagessatz, wenn vier Arbeitstage ausfallen, zwei Tagessätze wenn fünf Arbeitstage ausfallen drei Tagessätze der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigen die dem einzelnen Arbeitnehmer zustände, wenn er erwerbslos wäre. Kurzarbeiter mit mindestens drei zuschlagsberechtigten Angehörigen, dürfen, wenn vier Arbeitstage ausfallen, bis zu zweieinhalb Tagessätzen wenn fünf Arbeitstage ausfallen, bis zu dreieinhalb Tagessätzen der Erwerbslosenunterstützung erhalten.

Kurzarbeiterunterstützung darf dann nicht gewährt werden, wenn die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie nicht benötigt wird. (!) Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bezeichnete Stelle kann anordnen, daß diese Annahme bei Arbeitnehmern, deren Arbeitsverdienst eine bestimmte Grenze überschreitet, ohne weiteres als gerechtfertigt anzusehen ist.

Kurzarbeiterunterstützung wird nur dann gewährt, wenn in den Betrieben unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Kalenderwochen insgesamt mindestens acht volle Arbeitstage, in jeder Kalenderwoche aber mindestens zwei volle Arbeitstage ausgefallen sind. Auf die Frist von acht Tagen dürfen mehr als drei Tage in jeder Kalenderwoche nicht angerechnet werden. Kurzarbeiterunterstützung wird auch gewährt, wenn der Betrieb unmittelbar zuvor mindestens drei Wochen hintereinander geruht hat.

Kurzarbeiterunterstützung wird Kurzarbeitern nicht gewährt, die in den letzten zwölf Monaten vor Eintritt der Kurzarbeit weniger als drei Monate hindurch eine Beschäftigung ausgeübt haben, in der sie gegen Krankheit oder nach dem Angestellten-Versicherungsgesetz pflichtversichert waren.

Kurzarbeiterunterstützung wird erst dann **gewährt, nachdem der Arbeitgeber dem öffentlichen Arbeitsnachweis eine Anzeige erstattet hat, aus der sich ergibt, daß die Voraussetzungen für den Bezug der Kurzarbeiterunterstützung, wie sie vorstehend gekennzeichnet worden sind, erfüllt sind. Die Unterstützung beginnt mit der Kalenderwoche, die auf den Eingang der Anzeige bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis erfolgt.**

Unterläßt der Arbeitgeber die Anzeige, so kann sie von der Betriebsvertretung und so weit eine solche nicht besteht, von jedem Arbeitnehmer des Betriebes erstattet werden.

Kurzarbeiterunterstützung wird den Arbeitnehmern desselben Betriebes höchstens für die Dauer von sechs aufeinanderfolgenden Kalenderwochen gewährt. Kurzarbeiterunterstützung kann versagt oder entzogen werden, wenn dem Kurzarbeiter anderweitig Arbeit nachgewiesen werden kann. Die Bestimmungen des Paragraph 13 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge finden dabei entsprechende Anwendung.

Die Kurzarbeiterunterstützung ist durch die öffentlichen Arbeitsnachweise zu errechnen. Die Auszahlung kann die Gemeinde dem Arbeitgeber übertragen.

Wir geben im Vorstehenden die wichtigsten Bestimmungen der Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützung, die am 1. März 1926 in Kraft tritt und vorläufig bis zum 1. Mai 1926 gilt, ohne dazu kritisch Stellung zu nehmen, zur Information unserer Leser wieder. Wir behalten uns vor, auf den reaktionären Inhalt der Verordnung des Reichsarbeitsministers zurückzukommen.

Die Erwerbslosenfürsorge für Angestellte

Die Reichsregierung hat den Ländern zur Unterstützung solcher Erwerbsloser, die bis zum 1. Januar 1926 Erwerbslosenfürsorge nicht erhalten konnten, da ihr früheres Einkommen den Betrag von 2700 Mark jährlich überstieg, einen Betrag überwiesen, der zur Unterstützung solcher erwerbsloser Angestellter Verwendung finden soll. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat nunmehr beschlossen, zur Abgeltung der früher nicht bezogenen Erwerbslosenfürsorge an diese Angestellten, die mindestens seit dem 1. November 1925 erwerbslos sind und nunmehr seit dem 1. Januar 1926 in die Erwerbslosenfürsorge aufgenommen werden können, eine Unterstützung von 75 Mark für den Ledigen und von 100 Mark für den Verheirateten und von 25 Mark für jedes im Haushalt des erwerbslosen Angestellten befindliches unterhaltungsberechtigtes Kind zu gewähren, sofern das Einkommen der erwerbslosen Angestellten vor der Erwerbslosigkeit 500 Mark monatlich nicht überstieg und der erwerbslose Angestellte sich seit dem 1. Januar 1926 als Erwerbsloser in Erwerbslosenunterstützung befindet. Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat dazu folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Bei der Berechnung des Einkommens vor Eintritt der Erwerbslosigkeit ist das tatsächliche Einkommen, das zwischen 225 Mark und 500 Mark betragen müßte, maßgebend. Ob die Erwerbslosen krankenversichert waren oder nicht, spielt hierbei keine Rolle.

2. Es können auch bei der einmaligen Zuwendung erwerbslose Angestellte berücksichtigt werden, die seit dem 1. November 1925 erwerbslos sind, am 1. Januar 1926 eine vorübergehende Stellung gefunden hatten und deshalb an diesem Stichtag keine Erwerbslosenunterstützung beziehen konnten, unter der Voraussetzung, daß sie in der Zeit zwischen dem 1. Januar und dem 5. Februar 1926 erneut zum Bezuge der Erwerbslosenunterstützung berechtigt wurden.

3. Besondere Härtefälle, in denen bei erwerbslosen Angestellten die Voraussetzungen der Verordnung vom 21. Januar 1926 nicht gegeben sind, oder die Gewährung der einmaligen Unterstützung gerechtfertigt erscheint, sind dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium vorzulegen. Es kann sich hierbei nur um Fälle handeln, in denen eine Erwerbslosenunterstützung aus gesetzlichen Gründen bis zum 1. Januar 1926 nicht erzielt werden durfte.

4. Die Bezirksfürsorgeverbände haben die Maßnahmen mit aller Beschleunigung durchzuführen.

Die Unterstützungsanträge für die auf Grund dieser Verordnung in Frage kommenden erwerbslosen Angestellten sind beim Fürsorgeverband (Amtshauptmannschaft) oder beim zuständigen Arbeitsnachweis einzureichen.

Rationalisierungsmethoden im Sachsenwerk

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Daß die Unternehmer versuchen, die Rationalisierung ihrer Betriebe auf Kosten der Arbeiter durchzuführen, ist eine bekannte Tatsache. Dafür einige Beispiele, wie im Sachsenwerk gewirtschaftet wird. Auch hier wird, angeblich um zu sparen, abgebaut, natürlich nur nicht dort, wo es notwendig wäre. Die Leidtragenden sollen immer wieder die Arbeiter und die unteren Angestellten sein. So beabsichtigt neuerdings die Direktion, von der vierzehntägigen zur vierwöchentlichen Lohnabrechnung überzugehen. Mit dieser Umstellung sollen zwei Angestellte überflüssig werden, die dann selbstverständlich das Heer der Erwerbslosen verstärken werden. Nach Durchführung dieser Maßnahme kommen dann in der Lohnbuchhalterei auf 9 Angestellte 2 Bureauchefs, die nicht wissen, was sie den ganzen Tag über tun sollen. An dem überflüssigen Aufsichtspersonal abzubauen, daran denkt man nicht, — dafür wirft man die unteren Angestellten mit ihren Hungergehältern auf die Straße. Die Mehrleistung fällt den übrigen zur Last. Wenn die Direktion den ernstlichen Willen hätte, ihren Betrieb wirklich rentabel zu gestalten, so sei ihr geraten, sich einmal um die Abbaufähigkeit einiger Direktoren mit ihren Riesengehältern zu kümmern. Da könnte ein nettes Sümmchen gespart werden. Daran denkt man ebensowenig als man nicht gewillt ist, für diese Herrschaften die notwendigen Autos abzuschaffen. Dafür werden aber die miserablen Akkordpreise durch Nachkalkulieren erneut heruntergedrückt. Die Kalkulationsmethoden im Sachsenwerk sind überhaupt ein besonderes Kapitel. Ein ganz Gerissener auf diesem Gebiet ist der Oberkalkulator Haase. Wollte die Arbeiterschaft nach seinen auf dem Papier so fein ausgeklügelten Berechnungen arbeiten, könnte sie nicht das Salz in die Suppe verdienen. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn man weiß, daß der Haase von den praktischen Dingen nichts versteht. Die Unfähigkeit verschiedener leitender Beamten, insbesondere einer Anzahl Ingenieure, die ihre Unfähigkeit durch großes Mundwerk zu verdecken suchen, hat nicht nur einmal, sondern öfter großen Schaden zu Lasten des Betriebes angerichtet. Drehbänke wurden aufgestellt und am anderen Tage wieder weggerissen, nachdem man nachträglich festgestellt hatte, daß der Standort für laufende Maschinen ungeeignet sei. Kein Dreher wußte, ob er am nächsten Morgen seine Drehbank noch auf der alten Stelle finden würde. All diese Unkosten sollen nun durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiter wieder wettgemacht werden. Doch einmal nehmen auch diese Dinge ein Ende. Wenn die Direktion etwa glauben sollte, die Zeit sei nun gekommen, um den Arbeitern alles bieten zu können, so dürfte sie wohl die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht haben. Die Maßnahmen werden für die Proleten ein Ansporn sein, ihre geschlossenen Reihen zu verstärken und den entschiedenen Kampf aufzunehmen gegen ihre Peiniger und Unterdrücker.

Gegen die Polizeidiktatur im Rathaus demonstriert die Dresdner Arbeiterschaft am Freitag abend ½8 Uhr im Ausstellungspalast

Es sprechen die Stadtverordneten Schrapel, Wagner, Dr. Helm, Gäbel, Stadtrat Schneider

3. März: 1923: Parteitag der KP. Oesterreichs — 1922: Kampf zwischen italienischen Faschisten und Polizei um den Regierungspalast in Fiume. — 1919: Generalstreik in Berlin. Schwere Kämpfe am Alexanderplatz und in Lichtenberg zwischen rev. Arbeitern, Marinedivision und Noskétruppen. Verhängung des verschärften Belagerungszustandes. — 1918: Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk. — 1906: Ltn. Schmidt, Führer der rev. Schwarzmeerflotte, zum Tode verurteilt (19. März hingerichtet). — 1861: Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland.

Die Gegenaktion beginnt

Die Monarchisten lassen nichts unversucht, um die Bevölkerung von der Einzeichnung für das Volksbegehren abzuhalten. Den Frechheiten der Landbündler reihen sich jetzt die systematischen Verwirrungsmanöver in den Städten an. In Dresden ist bereits mit dem Zerkratzen der gemeinsamen Bekanntmachungen von KPD., SPD. und Kuczynski-Ausschuß begonnen worden. Nunmehr wird uns aus Striesen gemeldet, daß auf den amtlichen Bekanntmachungen des Rates die angegebenen Einzeichnungslokale unleserlich gemacht worden sind, und daß Leute in die Häuser kommen, um die Bewohner auf Listen zeichnen zu lassen, dazu erklären sie, daß sich nun eine weitere Einzeichnung erübrige. Das ist ein niederträchtiges Betrugsmanöver und es ist Pflicht jeder Arbeiterfrau und jedes Arbeiters, diesen Subjekten die entsprechende Antwort zu geben. Es muß dafür gesorgt werden, daß diese so nachdrücklich ausfüllt, daß den Fürstenknechten ein für allemal der Appetit an der Sabotierung des Volkswillens vergeht!

Schutzpatrouillen gegen die Fürstenknechte!
Verhelft dem Volksentscheid zum Siege!

Volksbegehren

Die Eintragungslisten zu dem Volksbegehren liegen in den unten aufgeführten Stellen **an den Werktagen von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, und an den Sonntagen von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags** aus.

Eintragungsstellen:

1./2. Stadtbezirk Neues Rathaus, Ringstraße 19.
3. Stadtbezirk Hauptstraße 5.
4. Stadtbezirk Löbtauer Straße 2.
5. Stadtbezirk Eliasplatz 5.
6. Stadtbezirk Neues Rathaus, Ringstraße 19.
7. Stadtbezirk Ostra-Allee 31.
8. Stadtbezirk Radeberger Straße 1.
9. Stadtbezirk Hauptstraße 5.
10. Stadtbezirk Schnorrstraße 1.
11. Stadtbezirk Kreutzerstraße 9.
12. Stadtbezirk Lannerstraße 5.
12. Stadtbezirk Leubnitz-Neuostra, Teichplatz 3a (für die Stadtteile Leubnitz-Neuostra, Torna und Prohlis).
13. Stadtbezirk Fritz-Reuter-Straße 1.
14. Stadtbezirk 52. Volksschule, Markgraf-Heinrich-Straße 21.
15. Stadtbezirk Bürgerstraße 63.
16. Stadtbezirk Ehrlichstraße 1.
17. Stadtbezirk Schandauer Straße 36.
17. Stadtbezirk Tolkewitz, 44. Volksschule, Salbachstraße 10, für den Stadtteil Tolkewitz.
18. Stadtbezirk Bodenbacher Straße 29 (für die Stadtteile Altgruna und Seidnitz).
19. Stadtbezirk Wilder-Mann-Straße 5.
20. Stadtbezirk Lübecker Straße 121.
21. Stadtbezirk Tharandter Straße 1, Hofgebäude.
22. Stadtbezirk Wallwitzstraße 44.
23. Stadtbezirk Räcknitzer Straße 2.
23. Stadtbezirk Coschütz, Körnerstraße 17a (für den Stadtteil Coschütz).
24. Stadtbezirk Louisenstraße 60.
25. Stadtbezirk Kamelienstraße 3.
26. Stadtbezirk Weißer Hirsch, Bautzner Straße 17.
26. Stadtbezirk Bühlau, Bautzner Straße 56.
27. Stadtbezirk Loschwitz, Grundstraße 3.
28. Stadtbezirk Blasewitz, Naumannstraße 13.
29. Stadtbezirk Leuben, Residenzstraße 23.
29. Stadtbezirk Laubegast, Neue Schule.
29. Stadtbezirk Kleinzschachwitz, Hosterwitzer Straße 2.
30. Stadtbezirk Mockritz, Residenzstraße 5.
31. Stadtbezirk Kemnitz, Bahnstraße 15.

Eine öffentliche Frauenversammlung im Stadtgebiet Plauen findet am Donnerstag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr im „Lagerkeller“, Chemnitzer Straße, statt. Es spricht die kommunist. Stadtverordnete Magdalena Böhme. Alle in den Betrieben arbeitenden Frauen müssen restlos nach Arbeitsschluß erscheinen!

Der antimilitaristische Film „Infanterist Scholz“ läuft bis Freitag im „Faunpalast“, Leipziger Straße.

Arbeiter-Radioklub Dresden. Mittwoch, den 3. März, abends 8 Uhr im „Braunschweiger Hof“, Freiberger Platz: Fortsetzung und Schluß des Vortrags von Ing. A. Göhring: „Röhren und Röhrenmeßgerät“. — **Gruppe Neustadt.** Donnerstag, den 4. März: Bastelabend mit Vortrag. Gäste willkommen. — Sonnabend, den 13. März, findet eine Besichtigung des Dresdner Senders statt.

Volkshochschule: Der Uebungsabend von Ernst Thieme am Donnerstag, den 4. März, fällt aus (Loheland-Abend). Am Sonntag, den 7. März, Punkt 9 Uhr findet in der Staatl. Gemäldegalerie eine Führung durch die moderne Abteilung statt (nur für Kursusteilnehmer).

Dresdner Volksbühne. Der Verein „Dresdner Volksbühne“ hat Otto Bernstein gewonnen, für die Mitglieder des Vereins den Vortrag der Kleistschen Novelle „Michael Kohlhaas“ zu wiederholen. Zum zweiten Male wird dadurch dem kunstliebenden Publikum ein künstlerisches Erlebnis angeboten, das anläßlich des ersten Vortrages die stärkste Zustimmung erfahren hat. Die „Volksbühne“ bietet den Vortrag zu dem außerordentlich niedrigen Preis von 30 Pf. für ihre Mitglieder.

Voraussichtliche Witterung am 4. März (Donnerstag). Stark bewölkt bis trüb mit Niederschlägen und starkem Winde. Zunächst milde, später kühler und zeitweise aufheiternd.

5. März (Freitag). Wolkig, zeitweise aufheiternd, windig, kühler, zeitweise Niederschläge.

Achtung! Zellengruppenleitungen!

Wir mußten feststellen, daß von einigen Zellengruppen die Adressen der neuen Abonnenten nicht an unsere Expedition gemeldet worden sind. Um pünktliche Zustellung zu gewährleisten, bitten wir, dies sofort nachzuholen.

Expedition der „Arbeiterstimme“.

Betriebsdelegationen im Rathaus!

Der Bürgerblock wieder zerfallen — Die Demokraten bekommen Angst — Kohlmann gegen seine Fraktion — Die Rechte lobt Wirth

Die Vorgänge im Dresdner Stadtparlament, besonders die provozierenden Maßnahmen des demokratischen Vorstehers, haben die Empörung der Dresdner Arbeiterschaft hervorgerufen. Das zeigte sich in der gestrigen Sitzung darin, daß zahlreiche Arbeiterdelegationen aus Dresdner Großbetrieben zur Sitzung der Stadtverordneten kamen, um dem Vorsteher ihre Stellung zu den Vorgängen klarzumachen. Natürlich empfing Herr Zesiche lediglich die Delegation der Arbeiter der städtischen Betriebe, die forderten, daß die Anträge für die städtischen Arbeiter und Angestellten sofort beraten werden sollten. Alle übrigen wies er ab, was diese nicht hinderte, den kommunistischen Vertretern das Vertrauen und ihre Anerkennung über deren Haltung auszusprechen. Das böse Gewissen der bürgerlichen Mehrheit des Kollegiums zeigte sich schon darin, daß ein Antrag der Linken auf sofortige Oeffnung der Tribünen für alle Besucher abgelehnt wurde. (Die Kommunisten quittierten das mit dem Ruf: „Ihr fürchtet euch mit Recht vor der Oeffentlichkeit!“) Darauf erhält der Stadtverordnete Rösch das Wort zur Begründung seines Antrags auf Zurückstellung der Beratung zur Geschäftsordnung, Abbruch der Sitzung und Tagung der Ausschüsse. Er betont, daß im Interesse der Werktätigen unter allen Umständen die Vorherberatung der wichtigsten Anträge, vor allem auch der Antrag Wettengel zur Linderung der Not der Erwerbslosen Sozial- und Kleinrentner, erzwungen werden muß. Ebenso verpflichtet die Wohnungsnot der arbeitenden Bevölkerung Dresdens eine Beratung der betreffenden Anträge. Nicht um der Obstruktion willen, sondern um der Werktätigen willen sei der Widerstand gegen die Durchpeitschung der Geschäftsordnung erfolgt. Grundsätzlich sei man dazu bereit, an der Geschäftsordnung mitzuarbeiten. Im weiteren Verlaufe glossiert er besonders das Verhalten der Demokraten. Nunmehr versuchten der Deutschsoziale Mewes und der Demokrat Eichler ihre fragwürdigen Rollen zu verteidigen. Bei Eichler fühlt man deutlich die Angst vor der Stimmung der Wähler, als er erklärt, daß unter die Erklärung der bürgerlichen Parteien die Namen der Demokraten nur irrtümlich gekommen sind. (Hört, hört! links.) Schließlich sagte er, daß überall eine verschärfte Geschäftsordnung eingeführt sei und daß man auch in Dresden dazu schreiten müsse. (Stürmischer Widerspruch links.) Der Deutschnationale Sonntag wendet sich natürlich gegen den Antrag Rösch und behauptet gegenüber der Erklärung Eichlers, daß betreffs der „irrtümlichen“ Unterschriften wahrscheinlich Eichler „geirrt“ habe. (Gelächter links.)

Nunmehr erhält das Wort Genosse Schrapel: Die Ausführungen Eichlers beweisen, daß die „überzeugungstreuen“ Demokraten sich völlig den Rechten unterworfen haben. Wir haben auch den Wunsch, an der Geschäftsordnung sachlich mitzuarbeiten. Natürlich wird unsere Stellungnahme von ganz anderen Gesichtspunkten aus beeinflußt werden. Nicht mitarbeiten will lediglich die Rechte, die ihrem Vergewaltigungswillen jede sachliche Erwägung opfert. **Die Interessen der werktätigen Wähler stehen zu der jetzigen Arbeit des Kollegiums im schroffen Gegensatz.** Das Verhalten der Linken ist lediglich die naturnotwendige Antwort auf die niederträchtige Arbeit der bürgerlichen Fraktionen zur Abwürgung der Linken. Die heutige Sitzung ist ja völlig ungerechtfertigt, denn sie ist vom Vorsteher entgegen den Gepflogenheiten lediglich auf Anweisung der Deutschnationalen zusammengetrommelt worden. Wir können einen solchen Vorsteher nicht stützen und werden neue Provokationen gebührend zurückweisen. Der Kampf der Linken ist ernsthaft von dem Willen getragen, den Interessen der Werktätigen Dresdens zu dienen. Der Mehrheit ist die Geschäftsordnung wichtiger, als die praktischen notwendigen Anträge, weil es ihr darauf ankommt, die gesetzlichen Unterlagen für die Herrschaft des Polizeistiefels im Rathaus zu schaffen. Auch heute ist dieser Standpunkt ungeändert beibehalten. Die Demokraten decken weiterhin die unrechtmäßige Form der Abstimmung über die Geschäftsordnungsparagraphen in der **letzten Sitzung.** Der Vorsteher selbst hat die noch nicht angenommene Geschäftsordnung bereits angewendet und die **Polizei ins Rathaus** geholt. Das beweist, daß diese Leute gar nicht ordnungsgemäße Arbeit haben wollen. Daß man der Linken, die sich nur gewehrt hat, auch noch einen Hausfriedensbruch anhängen will, ist der Gipfel der Provokation. Dieses Verhalten muß quittiert werden durch ein Mißtrauensvotum gegen den Vorsteher. Die Darstellungen der bürgerlichen Presse überbieten sich ja an Entstellungen. Wenn die „Neuesten Nachrichten“ nach Auflösung schreien, **so kann uns das ja nur recht sein!**

Ein Kollegium, dessen Mehrheit sich den Arbeitervertretern gegenüber so provokatorisch verhält, verdient, zum Teufel gejagt zu werden!

Auch das Verhalten des Stadtrats Dr. Krumbiegel, der den Rechten in unglaublicher Form Tips für die bessere Niederhaltung der Linken gegeben hat, muß zum Einschreiten zwingen.

Wir wissen, daß die Arbeiter uns verstehen, obgleich wir draußen im Lande bei der Kampagne gegen das Fürstengesindel fehlen müssen. Wir wissen, daß die Arbeiterschaft uns unterstützen wird, das beweisen diese Delegationen. Wir werden nicht locker lassen und dafür sorgen, daß die Saat der Polizeimethoden im Rathaus aufgehen wird zum Nutzen und Interesse der Arbeiterschaft. (Bravo! und Händeklatschen links.)

Nunmehr sprechen noch Dölitzsch und Sohla für die Sozialdemokraten. Gegen 10,30 Uhr erhält Genosse Gäbel das Wort, nachdem vorher festgestellt worden war, daß noch 16 Redner eingetragen sind. Die Bürgerlichen haben fluchtartig das Plenum verlassen. Nach Beendigung der treffenden Ausführungen des Genossen Gäbel versucht sich noch einmal der Deutschsoziale Mewes im Reden. Seine Ausführungen werden von der gesamten Linken mit Gelächter begleitet. Der rechte Sozialdemokrat Wirth erhält nun das Wort zu recht eigenartigen Ausführungen. Er erklärt, daß im Interesse des Ansehens des Parlaments Schluß gemacht werden muß mit den bisherigen Methoden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir kommen auf diese Weise nicht weiter. (Lebhafte Unruhe links.) Wir wollen einen Weg finden, selbst wenn man uns vorwerfen wird, einen Zurückzieher gemacht zu haben. Wir müssen den Vorsitzenden schützen, ob wir ihn mitgewählt haben oder nicht. (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten und linken Sozialdemokraten.) Wir können, wenn wir einige wichtige Anträge erledigt haben, später, in ein paar Wochen meinetwegen, die Geschäftsordnung an einem Tag erledigen.

Darauf wird ein Antrag Rösch verlesen, der die Abhaltung der nächsten Sitzung für Donnerstag, den 4. März, vorschlägt. Als Quittung für die Eunuchenrede Wirths erklärt nunmehr Holst, **daß sie dem Stadtverordneten Wirth glaubten, daß er es ehrlich meine und daß er es in seiner Tätigkeit bewiesen habe,** die Rechte würde dem Antrag Rösch zustimmen, wenn sich die Linke verpflichte, **die Geschäftsordnung an einem Tage zu erledigen.**

Darauf erhebt sich stürmischer Widerspruch auf der gesamten Linken.

Holst beantragt Vertagung für eine halbe Stunde. Abermals stürmischer Widerspruch links. Genosse Schrapel weist nach, daß diese Unterbrechung völlig sinnlos ist und erklärt, daß er die Stellungnahme Wirths lediglich als eine Unterstreichung des Antrages Rösch auf Zurückstellung der Geschäftsordnung betrachten könne. **Das bestätigen die Sozialdemokraten durch demonstratives: Sehr richtig!** Nachdem noch Bäckermeister Kunsch zu provozieren versucht hatte, erhebt sich Kohlmann und erklärt sich ebenfalls für den Antrag Rösch. Sein Parteifreund Sonntag widerspricht ihm und erklärt für seine Fraktion, daß sie diesen Antrag ablehne. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen bis auf Kohlmann und der Deutschsozialen wird beschlossen, die Sitzung abzubrechen und die nächste Sitzung am Donnerstag abend 7 Uhr abzuhalten. Schluß der Sitzung gegen 1/2 12 Uhr.

Aus Ostsachsen

Meißen. Volksbegehren. Für das Volksbegehren „Enteignung der Fürstenvermögen“ hat der Reichsminister des Innern die **Eintragungsfrist** auf die Zeit vom 4. bis einschl. **17. März 1926** festgesetzt. Die Einzeichnungslisten liegen in der Stadt Meißen in der Zeit von 1—7 Uhr nachm., an den Sonntagen aber von 9—12 Uhr vorm. aus, und zwar

Meißen links:

für den 1. bis mit 4. Bezirk im Verwaltungsgebäude der städt. Gasanstalt, Robert-Kurz-Straße 1,
für den 5. bis mit 9. Bezirk im Rathaus in der Sparkasse.

Meißen rechts:

für den 10. bis mit 15. Bezirk in der Pestalozzischule,
für den 16. bis mit 19. Bezirk im „Hamburger Hof“, Dresdner Straße.

Zu den genannten Bezirken gehören folgende Straßen:

1. Bezirk: Am Mühlgraben, An der hohen Eifer, Angerweg, Etzlerstraße, Fischerstraße, Jacobistraße, Jaspisstraße, Köhlerstraße, Kühnestraße, Leichnerstraße.
2. Bezirk: Böttgerstraße, Burggrafenstraße, Craffostraße, Reichsplatz, Schönestraße, Talstraße 11 bis 86, Wittigstraße.
3. Bezirk: Goldgrund, Hirschbergstraße 2 bis 30, 32 bis 72, Lessingstraße, Lerchaweg, Moritzstraße, Robert-Kurz-Straße, Wettinstraße 11 bis 32.
4. Bezirk: Korbitzer Straße, Mühlweg, Buchtenberger Weg, Raubentalstraße 1 bis Ende, Sonnenseite; also Einzeichnungsstelle: Verwaltungsgebäude der städt. Gasanstalt.
5. Bezirk: Am Steinberg, Kynastweg, Neugasse mit Kerbe, Nikolaisteg, Nossener Straße 1 bis 29, 48 bis 99, 111, 120, 130, Parkstraße, Stiftsweg, Talstraße 1 bis 9, 87 bis 99, Wettinstraße 1 bis 16.
6. Bezirk: Dr.-Donner-Straße, Dreicherweg, Hahnemannsplatz, Kapellenweg, Marienhofstraße, Neumarkt, Plossenberg, Plossenweg, Poetenweg, Siebeneichener Straße, Wilsdruffer Straße.
7. Bezirk: Fleischergasse, Gerbergasse, Görnische Gasse, Grabenweg, Jüdenberg, Jüdenbergstraße, Martinstraße, Mendestraße, Rosengasse, Roßplatz, Schlossergasse, Webergasse.
8. Bezirk: Elbstraße, Fährmannstraße, Heinrichsplatz, Kleinmarkt, Leipziger Straße, Obergasse, Poststraße, Schulplatz, Theaterplatz, Uferstraße.
9. Bezirk: An der Frauenkirche, Baderberg, Burgstraße, Domplatz, Freiheit, Hohlweg, Leinewebergasse, Lorenzgasse, Markt, Marktgasse, Rote Stufen, Seelensteig, Schloßberg, Schloßstufen; also Einzeichnungsstelle: Rathaus, Sparkasse.
10. Bezirk: Adlersteig, Dammweg, Gustav-Graf-Straße, Hafenstraße, Hainstraße, Hainweg, Lindenplatz, Luise-Otto-Straße, Niederfährer Straße 2 bis 29, Weinberggasse, Zscheilaer Straße 1 bis 20.
11. Bezirk: Badgasse, Bahnhofstraße, Brauhausstraße, Dresdner Straße 1 bis 16, Elbberg, Großenhainer Straße 2, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 23, 25, 27, 29, 31, 33, 35 (bis Grünaue), Kändlerstraße, Kaiserstraße, Ludwig-Richter-Straße, Lutherstraße, Plangasse, Ratsweinberg, Tonberg, Zaschendorfer Straße 1 bis 9, 11 und 13.
12. Bezirk: Feldgasse, Großenhainer Straße 4, 6, 8, 10, 12, 14, 20, 24, 39 und 43, Grünaue, Loosestraße, Melzerstraße, Niederfährer Straße 31 bis 57, Pestalozzistraße, Vorbrücker Straße, Zscheilaer Straße 22 bis 42.
13. Bezirk: Bartholomäusstraße, Gartenstraße, Großenhainer Straße (Volksheim bis Gartenstraße) 26, 28, 30, 32, 34, 37, 49, 51, 55, 57, Grundstraße, Fabrikstraße (Großenhainer Straße bis Bahn) 1a, 1, 2 bis 6, 9, 10 und 14, Joachimstal, Proschwitzer Weg, Rathenaustraße, Ringstraße, Zscheilaer Straße 43 bis 82.
14. Bezirk: An der Trinitatiskirche, Bennoweg, Ferdinandstraße, Großenhainer Straße 36, 38, 40, 42, 52, 54, 58 bis 71, 73, 75, 77, 79, 81, 83, 85, 87, 89, 91, 93, 95, 97, 99, 101, 103, 105, 107, Gabelsbergerstraße, Karlstraße, Kohrackstraße, Kurfürstenstraße, Luisenstraße, Mannfeldstraße, Niederauer Straße, Pfarrgasse, Platanenstraße, Riesensteinstraße, Trinitatisweg, Werdermannstraße, Zscheilberg.
15. Bezirk: Berghausstraße, Bohnitzscher Straße, Dieraer Straße, Gerichtsweg, Großenhainer Straße 94, 96, 98, 100, 102, 112, 114, 120, 122, 123, 124, 126, 128, 134, 136, 145, 147, 149, 175, 185, Nassauweg, Radeburger Straße; also Einzeichnungsstelle: Pestalozzischule.
16. Bezirk: Cöllner Straße, Fabrikstraße (r. d. Bahn) 16, 17, 19, 21 bis 29, Hospitalstraße, Hospitalplatz, Lutherplatz, Moritzburger Platz, Rühlingstraße, Südstraße, Steinweg, Zaschendorfer Straße 10, 12, 14, 15 bis 86.
17. Bezirk: Bergstraße, Dresdner Straße 17 bis 54, Gabelstraße, Hohe Straße, Johannesstraße, Kalkberg, Niederspaarer Str., Querstraße, Teichstraße, Teichertstraße, Weinböhlaer Straße, Winzerstraße, Wiesengasse.
18. Bezirk: Alte Spaargasse, An der Spaargasse, Dresdner Straße 55 bis 149, Grundmannstraße, Haasestraße, Jagdsteig, Klausenweg, Lückenhübelstraße, Oberspaarer Straße, Rautenbergweg, Rodelandweg, Rote Gasse, Roter Weg.
19. Bezirk: Altzaschendorf, Auenstraße, Boselweg, Friedhofstraße, Fürstenberg, Gelegegasse, Hermann-Grafe-Straße, Hinterbergstraße, Jägerstraße, Kapitelholzsteig, Kreyerner Straße, Moritzburger Straße, Neuzaschendorf, Schanzenstraße, also Einzeichnungsstelle: „Hamburger Hof“, Dresdner Straße.

Zur Eintragung ist nur zuzulassen:

a) wer in die laufend geführte Stimmkartei eingetragen ist, es sei denn, daß das Stimmrecht inzwischen verloren gegangen ist oder während der Eintragungsfrist ruht.
b) wer einen Eintragungsschein hat.

Jeder Eintragungsberechtigte darf nur sich selbst, nicht etwa auch die Namen von Familienangehörigen oder anderen Personen, in die Eintragungsliste eintragen. Verheiratete und verheiratet gewesene Frauen müssen auch ihren Geburtsnamen mit einschreiben.

Gegen die Ablehnung der Zulassung zur Eintragung ist Einspruch zulässig und in den Auslegungsstellen zu erheben.

Radeberg. Die Auszahlung an Kleinrentner Nr. 501—900 findet am Donnerstag den 4. März 1926, nachmittags von 3 bis 4 Uhr, Markt 18, statt.

Großluga. Bei einem Vergnügen vom Sparverein „Immerglück“ sind in Großluga für den Tamburzug Heidenau 4,05 M. gesammelt worden.

Seifhennersdorf. Auslegung der Eintragungslisten zum Volksbegehren. Die Eintragungslisten liegen in der hiesigen Gemeinde aus:

Wochentags im Rathaus, Zimmer Nr. 5, vormittags von 8,30—12,30 Uhr, nachmittags von 4,30—5,30 Uhr, außerdem an den Sonntagen, den 7. und 14. März.

1. Bezirk: Ortslistennummer 1—100B, 601—760 im „Kretscham“.
2. Bezirk: Ortslistennummer 101—200—476, 600D, 813—821C im Rathaus, Zimmer Nr. 5.
3. Bezirk: Ortslistennummer 201—475 in der „Krone“ von vormittags 10 bis 12,30 Uhr.

Die Agitations- und Auskunftsstelle für das Volksbegehren befindet sich in der Verkaufsstelle des Konsumvereins „Vorwärts“. Auskunft erteilt Lagerhalter Franz.

Der junge Pionier

Proletenkinder

Kinder, die in Lumpen gehn
Kinder, die Hunger leiden,
Kinder, die nach dem Himmel sehn,
Kinder, die durch die Hölle schreiten …
Kinder, die in bittrer Not
Früh am Fluch der Armut tragen,
Kinder, die bei hartem Brot
Um verlorne Jugend klagen,
Kinder, die kein Herrgott sucht,
Kinder in schmutzigen Gassen,
Kinder — euch hat die Welt verflucht!
Kinder, lernt die Reichen hassen!
Hasset, Kinder, die euch verwehrt
Euren Frühling auf Erden!
Haß soll euer gutes Schwert
Im Kampf um eure Freiheit werden!

Warum will auch der Jung-Spartakusbund den Volksentscheid?

Alle Arbeiterkinder werden wissen und auch schon gesehen haben, daß alle die Fürsten und Könige und an ihrer Spitze der frühere deutsche Kaiser, welche 1918 so feig ihre Länder verlassen haben oder weggejagt wurden, jetzt auf einmal so viele Millionen Mark von ihren früheren Untertanen verlangen. Trotzdem sie sich noch lange nicht zu den armen Leuten rechnen und auch noch lange nicht stempeln gehen brauchen, wollen sie jetzt noch ungeheure Summen schlucken. Fragen wir einmal die Erwerbslosen oder Kurzarbeiter, was sie bekommen, so muß man staunen, daß dieselben überhaupt noch mit ihren Familien ihr Leben fristen können. Verlangen sie mehr Unterstützung, so weist man sie höhnisch zurück, nützt das nichts, so wird Sipo herbeigerufen, welche dann „Ruhe und Ordnung" macht. Kein Mensch darf dann lauter knurren, als es die Polizei erlaubt. Aber die anderen, die schon Riesenvermögen haben, sollen noch mehr bekommen, ohne daß man fragt, woher das Geld nehmen. Ohne daß man daran denkt, daß Tausende von Proletarierkindern fast verhungern. Ja, für diese Menschen hat man nicht einmal Geld für unentgeltliche Schulspeisungen übrig, oder für Bereitstellung unentgeltlicher Lehr- und Lernmittel. Proletarierkinder können ruhig in Massen sterben, keinen Finger macht man deswegen krumm, aber die ausgerissenen ehemaligen Fürsten sollen immer mehr bekommen, damit sie noch viel mehr prassen und schlemmen können als bisher. Große Schlösser und Besitzungen sollen sie noch obendrein erhalten. Proletarierkinder brauchen keine luftige Wohnung oder weiches Bett, sie liegen gut auf harter Liegestatt, trotz ihrer abgemagerten Körper. Die Hauptsache ist, sie können jetzt schon schuften und arbeiten, damit das Einkommen der Reichen ein noch größeres wird. Deswegen treten auch wir vom Jung-Spartakus-Bund für die Enteignung der Fürsten ein. Gebt uns Proletarierkindern diese Schlösser und Villen, baut Kinderheime daraus! Verwendet für uns das Geld, schafft unentgeltliche Schulspeisungen. Uns gebt Milch und warme Kleidung. Erhöht die Unterstützung unserer erwerbslosen Väter und Mütter! Gebt ihnen Brot und Arbeit! Keinen Pfennig diesen Fürsten, die uns nur gebrauchen, um in Deutschland wieder an die Macht zu kommen. Weg mit diesen Verrätern, welche versuchen, alle ihre Reichtümer wieder unseren Unterdrückern auszuliefern! Weg mit den Lehrern, welche in den Schulen noch die Ausgerissenen verherrlichen! Pioniere! Heran an eure Schulfreunde, erzählt, um was es sich dreht, sammelt alle Proletarier im Jung-Spartakus-Bund!

„Fridericus"

Wenn dieser König nach Berlin fuhr, wählte er sich unter seinen Windspielen die aus, die sich am besten aufgeführt hatten. Welche durften ihn begleiten. Sie wurden in einer sechsspännigen Kutsche gefahren und von einem Lakaien, der sie immer zu beaufsichtigen hatte, begleitet. Es wird erzählt, daß die Hunde die Vordersitze einnahmen und der Lakai den Rücksitz. Er hat sie auch nie anders ansprechen dürfen als mit „Sie". Z. B.: „Seien Sie doch artig, Alemene, bellen Sie doch nicht so!"

Nun das Gegenteil

Dieser König hat auch eine Verordnung erlassen. Sie lautet: „Auf dem platten Lande und besonders in den adligen Gütern hat es bei der gedruckten Gesindeordnung vom Jahre 1612 und sein Bewenden, nach der diejenigen Eltern, welche besonders viele Kinder haben, solche aber der Herrschaft nicht in den Dienst geben wollen, dazu durch nachdrückliche Zwangsmittel angehalten werden sollen. Auf dem Lande ist auf das Alter, in welchem die Eltern ihre Kinder in Dienste zu geben gehalten sein sollen, keine Rücksicht zu nehmen."

So sieht der Hakenkreuzler König aus und das mustergültige Beispiel, das man Proletarierkindern in der Volksschule vor Augen führt.

Die Großstadt und die Arbeiterkinder

Von W. P. 14 Jhr.

Ein Trupp Arbeiterkinder biegt aus einer der vielen Seitengassen. Wirkliche Arbeiterkinder sind es, man sieht es ihnen gleich an. Eingefallene, blasse und bleiche Wangen zeugen von der ungesunden Luft, in der sie leben. Kleine, schmächtige Gestalten beweisen die Not, die sie täglich bei den Mahlzeiten spüren. Die notdürftige, ungenügende Kleidung spricht von dem schlechten, unzureichenden Lohn des Vaters, oder er ist gar erwerbslos. Schreckensgestalten sind sie gegenüber denen, die eben vorübergehen mit ihren bunten Mützen auf den Köpfen. Bourgeoisiekinder sind es gewesen. Ganz unbeachtet, ja verächtlich schauten diese „Besseren" auf den Trupp Kinder des Elends. Die Arbeiterkinder kommen aus der Schule, den Ranzen auf dem Rücken, abgespannt von diesen fünf Stunden. Ein Delikatessengeschäft ist es, vor dem sie jetzt stehen bleiben. Was gibt es hier für schöne Sachen!

Amerikanische Aepfel, Feig n, Bananen, Apfelsinen und andere Früchte und Delikatessen, die sie gar nicht kennen, wofür sie gar keinen Namen wissen, geschweige daß sie so etwas zu essen haben. Eine Eßware an der anderen ist hier zu sehen. Das Wort „Not" findet hier keine Unterkunft. „Wir müssen hungern und darben, und hier sind Eßwaren in Hülle und Fülle, in Ueberfluß!" so sagen sie zu sich und schauen sich einander an. Groß ist die Versuchung und der Hunger der Arbeiterkinder in der Großstadt; täglich die schönen, appetitlichen Eßwaren ansehen und dabei nichts zu essen haben. Weiter gehen die Hungernden. Da ein großes Geschäft — „Bekleidungsgeschäft" — so steht angeschrieben. Die Augen bohren sich durch das Schaufenster, was gibt es hier für feine, warme, ganz neue Sachen! Mützen aller Art, bunte Schals, gefütterte, teilweise mit Pelz, Jacketts, warme Hosen; eine Pracht ist es. „O, wenn wir einmal bloß einen einzigen Tag diese warmen Sachen tragen könnten, da brauchten wir nicht mehr frieren, da könnten wir mal unsere halberfrorenen Glieder erwärmen," so geht es durch das Gehirn der Arbeiterkinder, „aber was für Sachen haben wir? Eine alte, zerrissene Mütze deckt das Haupt, auf dem die Haare zum Abschneiden reif sind, aber das Geld fehlt dazu, eine ganz energisch zusammengeflickte Jacke, die schon zwei andere getragen haben, ganz buntgeflickte Hosen, die die Mutter mit Mühe und Not noch zusammenflicken konnte, zerrissene Schuhe, in denen das Wasser wie in einer Pfütze sich sammelt, so sieht unsere Kleidung aus. warme Unterhosen oder Unterröcke kennen wir nicht, wie sie hier ausgestellt sind." Und könnten wir unter die Kleider sehen, so würden wir manches Hemd vermissen. Der Körper ist rot und blau, die Hände sind dem Erfrieren bald nahe. Während sie so sinnend dastehen, tritt ein Pionier zu ihnen. Er ist auch ein Arbeiterjunge, geht auch so wie sie, doch er denkt weiter. Er fragt sie nach diesem und jenem und kommt auch auf das Elend zu sprechen. Da erzählt er ihnen, daß es erst anders wird, wenn die Arbeiter die Macht haben, erst wenn die Kommunisten regieren, eher wird es nicht anders. „Und ihr müßt mithelfen wie ich, den Arbeitern die Macht zu verschaffen," so spricht er zu den Arbeiterkindern. Da bestürmen sie ihn mit Fragen. Der Pionier sagt: „Ihr könnt schon jetzt mithelfen, indem ihr in den Jung-Spartakus-Bund tretet, die Arbeiterkinderorganisation, die will, daß es euch und uns, überhaupt den Arbeiterkindern, besser geht." Wieder fließt ein Fragestrom über ihre Lippen. Der Pionier sagte zuletzt bloß: „Kommt in unseren Gruppenabend, da sollt ihr alles erzählt bekommen!" Und sie versprachen, zu kommen.

Arbeiterkinder! Ihr meint, das sei nur ein Märchen, so etwas gibt es nicht? O nein! Da denkt ihr falsch. Solche Fälle gibt es zu Hunderten, ja zu Tausenden. Seht euch doch einmal in der Stadt um! Habt ihr das getan, dann werdet ihr selbst wissen, daß es kein Märchen ist, sondern wahre Tatsache.

Rußland-Korrespondenz

An die Pionierverbindung Nr. 61

Dresden, im Februar 1926.

Liebe russischen Brüder und Schwestern!

Wir hatten am 14. Januar eine Gedenkfeier für Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Wladimir Iljitsch Lenin. Wenn wir diese Kämpfer noch in unserer Mitte hätten, wäre es besser für uns. Wir wünschten, wir hätten es auch so als Ihr. Trotzdem sehr viele Kinder bei uns frieren und hungern müssen, schicken sie doch ihre Eltern nicht zu uns. Aber wir werden dieselben aufklären, daß sie noch kommen. In der Schule gibt es bei uns auch Prügel, trotzdem sie verboten sind, auch viel Strafstunden. Manchmal müssen wir jeden Tag eine Seite voll schreiben und 30 und noch mehr Exempel rechnen. Wir wollen uns nun erst recht Mühe geben, daß unsere Gruppe groß wird und jeder Pionier seine Pflicht erfüllt.

Alle Zeit bereit!

JSB. Neustadt-West.

Zum Ehrenpionier ernannt

Vor einiger Zeit hatten wir eine Feier unseres fünfjährigen Bestehens. Gedichte, Musikstücke und Sprechchöre bildeten das Programm. Im Mittelpunkt stand aber die Uebereichung einer neuen Fahne von der Parteigruppe und die Ernennung eines alten Parteigenossen zum Ehrenpionier. Derselbe überreichte nach einer kurzen Ansprache, in der er Unterstützung der Partei versprach, dem Pioniervorsitzenden die neue Fahne, in der Hand: „Unserer Ablösung. Pioniere! Seid bereit!" Derselbe dankte im Namen der Gruppe. Er reichte dem alten Genossen, der schon graue Haare hat, die Hand und sagte folgendes: „Alt und jung wollen Seite an Seite den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen. Alt und jung reichen sich die Hände, um zu zeigen, daß von den Jüngsten bis zu den Aeltesten alle in unseren Reihen sind und den Kampf für die Erlösung des Proletariats, für die Macht der Arbeiter führen. Um zu zeigen, daß die Jungen die Alten ehren, ernennen wir den Parteigenossen zum Ehrenpionier unserer Gruppe. Er ist immer für die Partei tätig gewesen und steht jetzt noch aktiv in den kämpfenden Reihen sind und den Kampf für die Erlösung des Proletariats, beweisen wir hiermit den Respekt vor den Alten und sind nicht respektlos, wie die meisten Lehrer behaupten." Der alte Parteigenosse bekam hierauf ein Pioniertuch mit Stern umgelegt, und er dankte dann herzlich und sagte, daß er sich immer für den JSB. interessieren werde. Nachdem weihte der Pionier die Fahne mit dem Kampfgelöbnis des Jung-Spartakus-Bundes. Alle übrigen Pioniere salutierten. Einen überwältigenden Eindruck hat dieser Abend bei den Anwesenden hinterlassen.

Gruppe Dresden-Neustadt-West.

Ehrt den toten Führer

Im Januar hatten wir in unserer Gruppe eine kleine Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier. Alle Pioniere hatten ihre Kutten an und die roten Pioniertücher um. Alle waren festlich gekleidet, war es doch ein Fest für uns; stolz auf unsere drei großen Führer, sangen wir in Pioniervorbild — die Hand über dem Kopf — „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!" Nach dem Lied sprachen eine Genossin und ein Pionier über Lenin. Beide schlossen mit dem Appell an die übrigen Pioniere, daß wir uns diese drei großen Arbeiterführer zum Vorbild nehmen und in ihrem Geiste weiter für die Befreiung der Arbeiter und Arbeiterkinder kämpfen wollen. Nach den kurzen Referaten sagte eine Genossin ein Gedicht an. Auch einige Jugendgenossen waren erschienen und sie spielten jetzt auf Mandolinen einige Lieder. Dann trug wieder ein Genosse ein passendes Gedicht vor. Nach dem Punkt „Verschiedenes" hatte unsere kleine Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier ihr Ende. Zum Schluß sangen wir noch „Wir sind die Schmiede der Zukunftsschlüssel". Viele Pioniere hatten Kameraden mitgebracht, welche auch Interesse daran zeigten. Es waren so viel Kinder da, wie wir sie in letzter Zeit nicht gehabt hatten. Der Erfolg war gut, und es war ein richtiger Gruppentag, wie er eigentlich immer sein soll, und was vor allen Dingen gut war, das war die Disziplin, alle Genossen zeigten einen gewissen Ernst, zeigten, wie Pioniere sich immer verhalten sollen.

Gruppe Dresden-Neustadt-West.

Das Ausnahmerecht gegen die proletarischen Jugendorganisationen

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

In letzter Zeit häufen sich die Uebergriffe der Behörden auf den Kommunistischen Jugendverband, den Jung-Spartakus-Bund und die proletarischen Jugendorganisationen überhaupt.

So verbot die württembergische Regierung durch eine Verordnung des Kultusministeriums den Schülern aller öffentlichen Schulen einschließlich der Fortbildungsschulen, sich an Vereinigungen oder Veranstaltungen zu beteiligen, die den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsform bezwecken. Versammlungen und Konferenzen des Kommunistischen Jugendverbandes bzw. des Jungspartakusbundes wurden auf Grund dieses Verbotes aufgelöst.

Die Thüringer Regierung erließ ein Verbot des Jungspartakusbundes und untersagte die Abhaltung des in Gera geplanten Reichskongresses der Kommunistischen Jugend.

In Hamburg sind Demonstrationen des Roten Jungsturms, des Roten Frontkämpferbundes und der Arbeiterschaft überhaupt allgemein verboten.

Der Regierungspräsident Grützner in Merseburg untersagte für den ganzen Regierungsbezirk die Ueberlassung von Schulräumen und Turnhallen an die Kommunistische Jugend.

Ein Erlaß des preußischen Ministeriums für Kunst und Volksbildung, wonach allgemein Vereinen, die eine Aenderung der bestehenden politischen Verhältnisse auf anderem als gesetzlichem Wege erstreben, öffentliche Schulräume nicht zur Verfügung gestellt werden, wurde angekündigt.

Ein ähnliches Verbot gelangt in Hamburg bereits zur Anwendung.

In München wurde sogar der oppositionellen Gewerkschaftsjugend die Abhaltung einer Mitgliederversammlung untersagt mit der Begründung, die Opposition hätte kein Recht, Versammlungen einzuberufen.

Desgleichen wurde in München eine Anzahl Jugendlicher auf einer geschlossenen Konferenz der Kommunistischen Jugend festgenommen. Auf Wanderungen wurden kommunistische Jugendliche von der Polizei überfallen.

Daneben wurden in Bayern Verbote erlassen, die es der Jugend untersagen, sich gewissen Jugendorganisationen anzuschließen. U. a. verbot die bayrische Staatsregierung Kindern und Jugendlichen, an den Veranstaltungen des Arbeiterturnbundes teilzunehmen, oder dem Bund bzw. den ihm angeschlossenen Vereinen beizutreten.

Alle diese Verbote und Maßnahmen sind ungesetzlich. Sie stellen einen schweren Eingriff in das verfassungsmäßig verbürgte Recht der freien Meinungsäußerung, sowie der Vereins- und Versammlungsfreiheit dar.

Ist die Reichsregierung bereit, unverzüglich die Aufhebung der ergangenen Verbote zu veranlassen, die Länderregierungen auf das Verfassungswidrige ihrer Verordnungen aufmerksam zu machen und unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß die proletarischen Jugendorganisationen in der Ausübung ihrer verfassungsmäßig verbürgten Rechte der freien Meinungsäußerung, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit weiterhin nicht mehr behindert werden?

Berlin, den 24. Februar 1926.

Pioniere!

Sammelt und schreibt Berichte von der Straße, aus der Schule, damit eure Beilage reichhaltiger wird.

Jedes Arbeiterkind gehört in den Jung-Spartakus-Bund!

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale, Dresden
Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

2. Sitzung des Erweiterten EKKI.

(Fortsetzung der Diskussion zum Referat Sinowjew.)

Semard (Frankreich):

Die französische Delegation ist mit den Thesen Sinowjews einverstanden. Die ökonomische Lage der französischen Arbeiter verschlechtert sich in der letzten Zeit, sie steht gegenwärtig unter dem Friedensniveau. Die beginnenden Lohnkämpfe sind ein Resultat dieser Verschlechterung. Der Streik bei Citroen, der Eisenbahnerstreik in Elsaß-Lothringen und die Beamtenbewegung zeigen, daß gewisse Kategorien, hauptsächlich die Arbeitslosenunterstützungsempfänger, schon in den Kampf treten. Der Preisindex wächst ununterbrochen, als Folge der Inflation. Der Ruhrkrieg und der syrische Krieg werden die Lage verschlechtern. Die Verarmung der Mittelklassen schafft die Voraussetzung zur Entwicklung des Faschismus, der auch durch die Großbourgeoisie organisiert unterstützt und geführt wird. In der Einheitsfrontfrage sind wir mit Sinowjew einverstanden, nur ist die Behauptung ein Irrtum, daß der Bürgerkrieg von uns als Bedingung für die sozialdemokratischen Arbeiter hingestellt worden ist, dagegen wurde die Verbrüderung und die Räumung der Kolonien wirklich als eine Bedingung gestellt, was ein großer Fehler war. Wir müssen einen Unterschied zwischen unserem Programm und den unmittelbaren Forderungen machen. Die Fehler der Anwendung der Einheitsfront wurden auch der letzten Parteikonferenz korrigiert. Diese Fehler bestanden in der Unterschätzung der Gewerkschafts-Bewegung und in der Herausgabe von Parolen, die die Massen nicht verstanden haben. Seitdem wurden bemerkenswerte Fortschritte in der Anwendung der Einheitsfront gemacht, verständliche Teilforderungen, wie die der gleitenden Lohnskala, wurden aufgestellt und die Einheitsfront auf breite Basis gestellt. Wir müssen jetzt bekämpfen, der sich der Linie der Dezember-Konferenz entgegenstellt, so auch die linken Abweichungen. Die rechten Abweichungen sind jedoch gefährlicher, da die rechten Elemente Fraktionsarbeit leisten, die Anhänger Souvarines und Rosmers führen Zersetzungsarbeit innerhalb der Partei fort. Die Thesen der Rechten sind gänzlich opportunistisch. Rosmer erklärt, die KPF. müsse aufhören, „im Schwanze der Sozialistischen Partei" zu marschieren. Loriot nannte die Beschlüsse des 5. Kongresses „idiotisch" und fordert eine Koalition mit sozialdemokratischen Führern. Die Rechte weiß über den Faschismus einen opportunistischen, manchmal an die reaktionäre Katastrophentheorie grenzenden Standpunkt auf, sie erklärt, daß Verschärfung infolge der verschiedenen Kulturstufen unmöglich sei, die Forderung der Evakuation eine Abenteurerpolitik und lehnt defaitistische Losungen nicht nur als Bedingung für die Einheitsfront, sondern auch als Programmforderungen auf. Die Liquidierung der linken Fehler erfolgte nicht auf Direktiven der Komintern, sondern durch die eigenen Parteikräfte. Trotzdem haben wir bei der Reorganisierung manche Fehler begangen: so unterließen wir die Bildung von Betriebszellen und Unterbezirksleitungen. Wir müssen jetzt nachholen. Die Rechte ist aber gegen die Reorganisierung überhaupt. Loriot fordert mit der Begründung, daß in Paris die Arbeiterelemente allzu sehr dominieren, die Illegale Organisation als Basis der Parteiarbeit. Die Entwicklung widerlegt die pessimistischen Prophezeiungen der Rechten.

Die Partei hat 60 000 Mitglieder, sie wird auch durch gute Intellektuelle verstärkt, was der Pariser Bauernkongreß zeigt. Die Wahlen erfolgreich unter den kleinen Leuten. Von den letzten Aktionen heben wir den Kampf gegen den Marokkokrieg und den allgemeinen Generalstreik, der der erste politische Streik in Frankreich war, hervor. Außer den linken und rechten Abweichungen ist auch ein konfuser Zentrismus vorhanden, der eine pariserisch freie Diskussion unter Einbeziehung der Anhänger Souvarines und Rosmers fordert. Dieser Standpunkt verkennt das Aufgehen der Partei, wir bekämpfen ihn daher entschieden. Wir werden den wirklichen demokratischen Zentralismus im bolschewistischen Sinne verwirklichen und eine disziplinierte Sektion der Komintern sein.

Brown (England):

„Ich bin mit den Thesen im allgemeinen einverstanden, möchte nur einzelne Präzisierungen. Die Thesen malen die Lage des englischen Kapitals allzu dunkel, obwohl seine Widerstandskraft noch groß ist. Das englische Kapital verstand es, die politische Lage in den Kolonien vorübergehend zu festigen. Die Profite der Aktiengesellschaften sind in den letzten zwei Jahren gestiegen. Dennoch marschiert der Niedergang des Kapitals, wofür ein Beweis ist, daß es unfähig ist, seine Konzessionspolitik an die Arbeiteraristokratie im Mutterlande fortzusetzen. Das englische Kapital bereitet blutige Kämpfe vor, zeigt sich in der Bildung der technischen Nothilfe, die Verhaftung des Faschismus, die Verhaftung der Führer der KP. Englands. Die Bourgeoisie streift offen die demokratische Maske ab. Der Vorschlag der Unabhängigen Arbeiterpartei zur Verschmelzung der 2. und 3. Internationale ist natürlich eine Unmöglichkeit, wir müssen aber die Sache richtig ausnutzen. Es geht eine Revolutionierung der Massen auch innerhalb der Unabhängigen Arbeiterpartei vor sich. Die kommunistischen Einheitsfrontvorschläge finden starken Widerhall. Deshalb wollen die sozialistischen Führer durch den Einheitsvorschlag Zeit gewinnen und die wirkliche Einheitsfront zerschlagen. Der Kampf gegen die Offensive des Kapitals und gegen die Arbeitslosigkeit muß mit dem Kampf gegen den Locarno-Pakt und den Dawes-Plan verbunden werden."

Braun (Deutschland):

Wir dürfen die entscheidenden Fragen nicht durch die Diplomatie Scholems verkleistern lassen. Wir die Notwendigkeit und Bedeutung des Offenen Briefes, nicht nur für die KPD., sondern für die ganze Komintern, nicht anerkennt, der begreift nichts. Die opportunistischen Fehler von 1923 schlugen in das andere Extrem um und diese objektiv genommene Tendenz der Liquidation und Rückbildung der KP. breitete sich international aus. Der Offene Brief ermöglichte die Befreiung der französischen Partei von den linken Abweichungen, sowie die Wenderung des ultralinken Kurses in Polen. Scholem sagte, er billige die Wendung zu den Massen, er bekämpfe nur die Leute, die diese Wendung zur Verbrüderung mit der Sozialdemokratie ausnutzen wollen. Er sagte jedoch nicht, wer das will. Als wir jedoch die ersten Schritte machten, an die Massen heranzukommen, sagte Scholem, die Listenverbindung bei den Reichstagswahlen sei eine Liquidation der KP. und der Weg zur Vereinigung mit der Sozialdemokratie. Dieses Argument hatte einen gewissen Eindruck gemacht. Gegenwärtig, in der verlangsamten Periode, werfen sie in die Massen das Gift des Mißtrauens an der Kraft der KP. hinein. Das ist das charakteristische Merkmal dieser Abweichung und ihr Berührungspunkt mit den rechten Liquidatoren.

Scholem sei mit der Fürstenabfindungskampagne einverstanden, er begreift aber nicht, daß diese Politik ohne den Offenen Brief, der das Gift des Mißtrauens entfernte und die Parteimitglieder auf die zentralen Aufgaben zu konzentrieren ermöglicht hat, unmöglich gewesen wäre. Scholems Praxis war, jeden lokalen Fehler als einen Trumpf gegen das ZK. auszunutzen. Scholem sagt, wir begingen Fehler in den Wirtschaftskämpfen. Die Führung der Wirtschaftskämpfe hängt gegenwärtig von der Stärke des Einflusses der Partei in den Gewerkschaften ab und die Schuld an dem Rückgang des Einflusses trägt die schlechte Gewerkschaftspolitik Ruth Fischers und Scholems. Die Spaltungsgefahr wurde auch durch die Fehler der Ultralinken gefördert. Dagegen bringt die richtige Massenpolitik durch Erfolge, durch erweitertes Selbstvertrauen die Zufuhr neuer Mitglieder.

Scholem und Ruth Fischer behaupten, daß die Partei reformistische Arbeiter gewinnen und gute revolutionäre Elemente abstoßen will. Scholem irrt sich, wenn er meint, daß die Erpressungsmethode gegen die Partei Ergebnisse gibt. Katz verkörpert alle antibolschewistischen, antimoskowitischen Abweichungen, deshalb wurde er ausgeschlossen. Der Brief der sieben Abgeordneten in der Angelegenheit Katz war völlig unzulässig. Wir bedauern, daß wir mit Katz auch 12 Arbeiter ausschließen mußten, wir wollen die Arbeiter zurückgewinnen, aber mit Elementen wie Katz gibt es kein Paktieren. Korsch sprach von einem roten Imperialismus, was nach Locarno doppelt gefährlich ist. Scholem verkündete, daß der EKKI-Brief der erste Schritt zur Liquidierung der Komintern wäre. Scholem behauptet, daß er gegen Ruth Fischer kämpfe, aber dieser Kampf war nur der Kampf einer Konkurrenzgruppe. Scholem versuchte, vor Funktionären die Zentrale als eine Brandler-Gruppe darzustellen. Wir wollen die ultralinken Arbeiter gewinnen, aber die Politik der Verleisterung, die Diplomatie des Parteibetruges, des Betruges der Exekutive muß aufhören. Scholem sagt, daß er das ZK. in der Frage der Fürstenabfindung unterstützt, er macht aber Vorbehalte. Will er den Versuch Ruth Fischers wiederholen? Will er hier alles unterschreiben, um dann in Berlin gegen das ZK. und die Exekutive zu kämpfen? Diese Diplomatie werden wir entschieden bekämpfen.

In der KPD. sind gegenwärtig keine solchen Rechtsgefahren vorhanden, gegen die man das Feuer konzentrieren müßte. Das Feuer muß gegen ultralinks konzentriert werden. Der Brief Bekers bedeutet keine ernste Gefahr, die Zentrale verurteilt ihn. Das ZK. wird unter allen Umständen die Selbständigkeit der Partei wahren. Die Fehler von 1923, als die KP. sich von den Schwankungen der Reformisten abhängig machte, werden nicht wiederholt werden. Man kann erwarten, daß bei den künftigen Schwierigkeiten die ultralinken Stimmungen wieder Schwankungen hervorrufen werden. Wir werden die rechten Gefahren bekämpfen, aber gegenwärtig steht die Gefahr der linken Abweichungen in dem Vordergrund. Die deutsche Delegation erwartet von der Exekutive die Sicherung des Kurses und die Beschleunigung des Tempos in diesem Kampfe. Wir dürfen nicht Jahre zur Bekämpfung der ultralinken Schwankungen verlieren. (Beifall.)

Die vierte Sitzung des erweiterten EKKI. wurde am 22. Februar, 6 Uhr abends, eröffnet.

Engel (Berlin):

erklärt, daß Scholem und Rosenberg nicht ermächtigt sind, für die Weddinger Opposition zu sprechen. Er bemängelt, daß die russische Parteifrage nicht behandelt wird. Die KP. der Sowjetunion ist für die Politik der Komintern richtunggebend, daher haben die Betriebsarbeiter großes Interesse daran, die Streitfragen kennen zu lernen. Die Weddinger Parteiorganisation steht auf der Plattform der Leningrader Arbeiter. Die Grundtendenz des EKKI-Briefes ist richtig, der Brief beschimpfte jedoch die Arbeiter, die eine gewisse Linie vertraten. Diese falsche Linie hätte auch anders, als durch den EKKI-Brief bekämpft werden können. Redner grenzt sich gegen Ruth Fischer, die das Einschlüpfen rechter Elemente in den Parteiapparat ermöglichte, ab. Katz machte eine Dummheit, die mit ihm ausgeschlossenen Arbeiter müssen jedoch wieder aufgenommen werden. Die Opposition steht auf dem Boden der Komintern, der neue Kurs enthält jedoch Gefahren, die bekämpft werden müssen.

Varga:

„Die Weltlage war niemals so kompliziert wie heute. Im großen haben wir vier große Weltteile: erstens — die Sowjetunion mit aufsteigender Linie, außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Zweitens — der amerikanische Kontinent, ebenfalls aufsteigend, aber auf kapitalistischer Basis. Die ganze Weltlage zeigt eine gewisse Polarisierung der Kräfte um diese zwei Zentren: alle revolutionären Kräfte um die Sowjetunion, alle gegenrevolutionären Kräfte um die amerikanische Bourgeoisie. Drittens — Asien und das nordafrikanische Kolonialgebiet, mit starker revolutionärer Gärung, die, falls das Proletariat die Hegemonie an sich zu reißen versteht, zur Herausbildung von sowjetähnlichen Staatsgebilden führen kann. Viertens — Europa, wo die Erschütterung des Kapitalismus am weitesten fortgeschritten ist.

Das Jahr 1925 brachte in der Stabilisierung einen gewissen Fortschritt, der Zeitraum ist jedoch zu kurz, als daß man feststellen könnte, ob die Stabilisierung einen fortschreitenden Prozeß oder nur eine kurze Unterbrechung des Niederganges der Bourgeoisie darstellt. Die Stabilisierung beruht auf der Verschlechterung der Lage der Arbeiter in ganz Europa. Dies ist wichtig, weil für die Revolutionierung nicht der absolute Stand, sondern die Dynamik der Lebenshaltung ausschlaggebend ist. Die Gründe dafür, weshalb der Kapitalismus unfähig ist, die Besserung der Lebenslage zu sichern, sind: der Verlust der industriellen Vormachtstellung Europas, die Schmälerung der kolonialen Ueberprofite, die Unmöglichkeit der Sicherung des Wettbewerbes mit Amerika auf den außereuropäischen Märkten. Die Rolle der Züchtung der Arbeiteraristokratie übernahm von England Amerika.

Der Kapitalismus umgibt sich gegen den Angriff des Proletariats mit drei Gürteln: 1. mit dem Staatsapparat, 2. mit dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft, 3. mit der Sozialdemokratie. Letztere ist der vorgeschobene Posten der Bourgeoisie in der Arbeiterschaft, daher müssen wir vor allem die Sozialdemokratie bekämpfen. Die Sozialdemokratie ist noch im allgemeinen eine gewaltige Macht und hat noch einen großen Einfluß auf die Arbeiterschaft. Sie ist außerordentlich elastisch in der Verteidigung der bürgerlichen Gesellschaft und in der Anpassung an die Lage der einzelnen Länder. Unser Kampf gegen die Sozialdemokratie wird dennoch durch die objektive Entwicklungstendenz des Kapitalismus, durch dessen Unfähigkeit, der Arbeiterschaft einen sich erhöhenden Standard zu gewähren, erleichtert.

Es ist eine wichtige Aufgabe für die Komintern, in den Ländern, wo die KP. keine Legalitätsmöglichkeit hat, an die Schaffung legaler kommunistischer Arbeit, legaler kommunistischer Massenbewegung heranzugehen."

Redner erklärt, Scholem mißdeutete seine Auffassung über die Perspektive, die er im Zusammenhang mit der Widerlegung der sozialdemokratischen Perspektive gebraucht hat. (Beifall.)

(Fortsetzung folgt.)

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Der eiserne Strom

Roman aus der russischen Revolution 1917.

Von A. Serafimowitsch.

(49. Fortsetzung)

Es ist eine erregte Stimme, — der Bursch will noch leben! Und plötzlich hört der Adjutant:

„Nun . . . ist's das Ende?"

Diese weiche Stimme hat der Adjutant noch nicht von Koschuch gehört. Schüsse, Schreie, ein stöhnendes ächzendes Gewühl, — und bei dem Adjutanten regt sich irgendwo in der Tiefe, halb unbewußt, ein blitzschneller, ein wenig schadenfroher Gedanke:

„Aha! — Du bist also auch nur ein Mensch, wie wir alle . . . willst also auch leben!"

Aber es dauert nur den Bruchteil einer Sekunde. Es ist stockfinster, man sieht nichts, aber man fühlt: Koschuchs Gesicht ist steinern, und eiserne Worte drängen sich durch zusammengepreßten Kinnladen:

„Schaffen Sie sofort ein Maschinengewehr vom Stab an die Durchbruchstelle. Sammeln Sie alle Leute aus dem Stab, aus dem Train, drängen Sie die Kosaken so weit wie möglich an die Wagen. Nehmen Sie eine Eskadron vom rechten Flügel . . ."

„Zu Befehl!"

Der Adjutant taucht in die Dunkelheit. Koschuch stürzt weiter. Rechts, links — aufblitzende Zungen der Gewehrschüsse; eine Stelle, von etwa siebzig Meter Länge, ist finster: hier sind die Kosaken eingebrochen. Aber die Soldaten sind nicht geflohen, sie sind nur zur Seite gedrängt worden. Sie lagen, wie es gerade kam, in gedeckten Stellungen und schossen. Trotz der Dunkelheit kann man sehen, wie Knäuel von Menschen von Stelle zu Stelle hüpfen, — immer näher kommen sie . . . . fallen nieder und schießen: Flammenzungen blitzen auf, — die Soldaten schießen nach diesen Flammen zungen.

Man rollt das schwere Maschinengewehr des Stabes heran. Koschuch befahl, das Feuer einzustellen und nur nach Kommando zu schießen. Er setzte sich ans Maschinengewehr und fühlte sich auf einmal sicher und wohl. Rechts und links — blitzendes Geknatter. Sobald die Soldaten zu feuern aufhörten, stürzte die feindliche Schützenkette heran: ha—ra—a—a! . . .

Sie sind schon nahe, schon erkennt man die einzelnen Gestalten, die [illegible] laufen:

Koschuch:

„Schnellfeuer!"

Und er richtete sein Maschinengewehr:

Trr—trr—trr—trr . . .

Und wie dunkle Kartenhäuschen brechen die schwarzen Knäuel zusammen. Die Kette hält inne, schwankt eine Weile und — flutet panikartig in die Dunkelheit zurück.

Wieder herrschte undurchdringliche Finsternis, die Schüsse fielen seltener, nach und nach wurde das Rauschen des Flusses hörbar.

Auch im Rücken begannen die Schüsse zu verstummen — die Kosaken, die nicht mehr unterstützt wurden, zerstreuten sich allmählich, ließen ihre Pferde im Stich, versteckten sich unter die Wagen, in den Katen und Gärten. An die zehn Mann nahmen einige gefangen. Säbel hieben auf die nach Schnaps riechenden Blunder ein.

Als der Morgen graute, führte eine Kompagnie den verhafteten Kommandeur zum Friedhof. Sie kehrte ohne ihn zurück.

Die Sonne stieg auf und erleuchtete die Zickzacklinie der Toten; es war, als wenn eine Flut sie herangespült und die Ebbe sie zurückgelassen hätte. Stellenweise lagen sie in dichten Haufen — dort war Koschuch mit seinem Maschinengewehr. Die Kosaken schickten einen Parlamentär: Koschuch erlaubte ihnen, die Toten aufzulesen — wenn sie liegen bleiben, gibt's Verwesungsgeruch und Krankheiten.

Nachdem die Leichen fortgeschafft waren, begannen wieder die Geschütze zu sprechen. Wieder erschüttert ein unmenschliches Dröhnen Himmel und Steppe — qualvoll hallen die Schläge in Brust und Gehirn wider.

Alles, was lebt, geht mit offenem Mund — das schützt die Ohren; die Toten liegen regungslos, bis sie in das Hinterland fortgeschafft werden.

Die Patronentaschen leeren sich, die Munitionswagen ebenfalls . . .

Aber Koschuch rührt sich nicht vom Fleck — von den zurückgebliebenen Kolonnen ist nichts zu hören. Er ruft die Kommandeure zu einer Beratung zusammen, er will nicht die Verantwortung allein tragen: wenn sie bleiben, gehen alle zugrunde; wenn sie sich durchschlagen und weitermarschieren — gehen die zurückgebliebenen Kolonnen zugrunde.

35.

Weit hinten, wo Wagen, Pferde, Greise, Kinder, Verwundete sich endlos über die Steppe dehnen, senkt sich die Abenddämmerung blau herab. Wie jeden Abend, so war es auch diesmal — blaue Rauchsäulen stiegen von den Feuern auf.

Es macht nichts, daß die Erde den ganzen Tag über von schwerem, fernem Dröhnen erschüttert wurde, man hatte sich daran gewöhnt, man bemerkte es nicht mehr.

Es blaut die Dämmerung, es blaut der Rauch der Lagerfeuer, es blaut der ferne Wald. Und zwischen dem Wald und den Wagenreihen blaut die öde, geheimnisvolle Ebene der Felder.

Stimmen, Klirren, Tierschrei, Kindergeweinen, Eimerrasseln — und zahllose rötliche Flecke der Feuer.

In dieses friedliche Wirrwarr schlug, im Walde geboren, ein ferner, fremder Ton hinein.

Anfangs war es nur ein gedehntes: A—a—a—a! . . . — irgendwo weit aus der Dämmerung kam es, aus dem trüben Schimmer des Waldes: A—a—a—a! . . .

Dann lösten sich schwärzliche Flecke vom Wald ab, einer nach dem anderen — schwarze Schatten entfalteten sich, lösten sich längs des Waldes zu einem schwarzen schwankenden Strich auf und rollten, wachsend dem Lager zu, und mit ihnen — das ebenfalls anwachsende, Todesgrauen verbreitende: A—a—a—a!

Alle Köpfe, so viel es ihrer nur gab — Menschen- und Tierköpfe — wandten sich einem trüben Waldstrich zu, von dem die schwankende Linie mit aufblitzenden Nadeln darüber dem Lager zurollte.

Aller Augen sahen dorthin. Rötlich schimmerten die Flecke der Feuer.

Und alle hörten es auf einmal: die ganze Erde füllte sich bis tief in ihren Schoß hinein mit schweren Hufschlägen — sogar der ferne Geschützdonner wurde übertönt.

Zwischen den Rädern, Deichseln, Feuern plätscherten Stimmen aus voller Todesgewißheit:

„Die Kosaken! — Kosaken! — Ko—sa—a—ken!"

Die Pferde hörten zu kauen auf, spitzten die Ohren, Hunde verkrochen sich unter die Wagen.

Keiner versuchte zu fliehen, sich irgendwie zu retten; alle blickten starr in die dunkle Dämmerung, von der die schwarze Lawine kam.

Dieses große, vom dumpfen Huftritt erfüllte Schweigen wurde auf einmal vom Schrei einer Mutter durchstochen. Sie packte ihr Kind, das einzige ihr gebliebene Kind, preßte es an die Brust, stürzte der herangrollenden Lawine entgegen. Durchdringend erklang ihr Schrei:

„Tod! . . . To—o—d! . . . To—o—d! . . ."

Und wie eine Epidemie griff der Schrei um sich, erfaßte Zehntausende von Kehlen:

„To—o—d! . . . Tod—o—d! . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitersport

Arbeiter-Esperanto-Kongreß.

Während der Osterfeiertage, vom 2. bis 5. April d. J., findet in Stuttgart der 6. Bundestag des Arbeiter-Esperanto-Bundes für das deutsche Sprachgebiet statt. Zur Unterstützung bedürftiger Delegierter stellt die Stadt Stuttgart bereitwilligst 100 Mk. zur Verfügung. Dieser Bundestag hat nichts gemein mit dem Kongreß der bürgerlichen Esperantisten, der während der Pfingstfeiertage in München stattfindet. Für die Arbeiter-Esperantisten ist Esperanto kein pazifistisches Mittel zur Verkleisterung der bestehenden Klassengegensätze, sondern ein Mittel des Klassenkampfes. Der Bundestag wird besonders dazu Stellung zu nehmen haben, wie die proletarische Esperantobewegung in Zukunft dem proletarischen Klassenkampf noch mehr dienstbar gemacht werden soll, als es bis jetzt bereits der Fall gewesen ist.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Bezirk Groß-Dresden. Monatsversammlungen der Abteilungen, Beginn 7.30 Uhr. Altstadt: 3. März Volkshaus, Ritzenbergstr. — Cotta: 3. März „Gold. Anker", Klopstockstr. Sonnabend, 13. März, im „Schusterhaus", Hamburger Straße, Saalsportfest mit Einweihung der Saalräder; Reigenfahren, Kunstfahren der Geschw. Kaul, Radebeul. Radballspiele: Cotta—Löbtau, Weinböhla—Kobschütz und Entscheidungsspiel. Vor und nach den Aufführungen Tanz. Anfang 7 Uhr, Karten 50 Pf. — Kaditz: 4. März „Bauborse", Homiliusstr. 1. Sonnabend, 13. März, im Gasthof Uebigau Saalsportfest mit erstklassigem Sportprogramm. Anfang 7 Uhr, Eintritt 50 Pf. — Kemnitz-Stetzsch: 3. März „Lindenhof", Stetzsch, Lindenstr. — Löbtau: 5. März Bürgergarten, Lübecker Str. — Neustadt: 10. März „Königswald" Fichtenstraße 15. — Striesen: 9. März „Zum Landsknecht", Moritzburger, Ecke Löscherstr. — Süd: 6. März „Eisenhof", Ostbahn-, Ecke Franklinstr. — Straßenwettfahrer: 5. März „Frisch-Auf-Schänke". — Motorfahrer: 10. März „Frisch-Auf-Schänke". — Sonntag, 7. März, Bezirksausfahrt nach Coswig, 37 Kilometer. Jede Abteilung fährt 1 Uhr von ihrem Abt.-Lokal ab. Bei ungünstigem Wetter mit der Bahn; Sonntagskarte nach Coswig. Im Gasthof „Zur Börse" geselliges Beisammensein mit Tanz. Bundesmitglieder, diese erste diesjährige Ausfahrt muß zeigen, daß in allen Abteilungen der Wille herrscht, unser Tourenfahren wieder auf seine frühere Betätigung zu bringen. Frisch auf zur ersten Fahrt! P. M.

Arbeiter-Radfahrer-Bund 7. Bezirk. Die angesetzte Saal- und Straßenfahrwartekonferenz beginnt Sonnabend den 6. März statt 3 Uhr erst um 5 Uhr. Anschließend Lichtbildervortrag über die Verkehrsordnung. — Sonntag den 7. März Kursus für die Straßenfahrwarte, für die Vorsitzenden vom Ortsgruppenschiedsgericht und Obleute des Ortsgruppensportausschusses. Auch sämtliche Bezirksschiedsrichter müssen anwesend sein.

Arbeiter-Radfahrer Freital-Deuben. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet nicht bei Krille, sondern Donnerstag, 4. März, abends 7.30 Uhr im kl. Saal des „Sächs. Wolf" statt. Da dieselbe als Werbeversammlung mit Lichtbildervortrag über die Verkehrsordnung bestimmt ist, müssen alle Genossen und Genossinnen zahlreich erscheinen und uns noch Fernstehende mitbringen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 4. Kreis, 2. Bezirk. Turnspiele. Situationsbericht vom Serienspiel. DSB. 1. Sportlerinnen—Pieschen 1. Sportlerinnen 6:1 (2:1). Pieschen im Anfang etwas überlegen. Nach und nach findet sich DSB. zusammen. Nach der Halbzeit läßt Pieschen in der Spielweise nach. DSB. befindet sich jetzt in Form, welches aus der Torzahl ersichtlich ist.

Turnspieler. Die aus der 2. und 4. Gruppe zusammengestellte Mannschaft Dresden-Land spielt am 7. März nachmittags 3 Uhr in Kaditz gegen Wachau 1. Dresden-Land spielt in schwarzer Hose weißem Hemd, Wachau Vereinskleidung. — Am 7. März nachmittags 3 Uhr spielen die Auswahlmannschaften A gegen B in Pieschen, Wurzener Straße. Die A-Mannschaft spielt in gelben, die B-Mannschaft in schwarzen Hosen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Zschachwitz. Donnerstag, den 4. März, abends 7 Uhr im Sportheim Uebungsabend und Einführung der neueingetretenen Mitglieder vom Kursus.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgr. Pirna. Der für 5. März angesetzte Lichtbildervortrag findet erst am Donnerstag, den 11. März, statt. Am 5. März Zusammenkunft im Vereinsheim. — Sonntag, 7. März, Tageswanderung: Brand-Frinzberg. Abf. 6.34 Uhr, Sonntagskarte Rathen 60 Pf. Führer: Albin Hamann.

Generalversammlung des Sportkartells Pannewitz-Possendorf am 21. Februar 1926. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die Genossen Kohl, Drechsler, Robert, Mitrus und Huhn als Delegierte in das bestehende Einheitskomitee zur Fürstenabfindung gewählt. Der Vorsitzende Gen. Kohl läßt nun kurz noch einmal das vergangene Jahr vorüberziehen und bedauert, daß sich das Sportkartell an den großen Veranstaltungen der angeschlossenen Vereine so schwach beteiligt hat. Der vorliegende Bericht der Samariter läßt wiederum erkennen, daß sie ganz und gar im Dienste unserer Sache gestanden haben; der Vorsitzende spricht ihnen im Auftrag des Kartells den Dank aus und wünscht, daß alle Vereine an der Finanzierung des Bezirks regen Anteil nehmen. Den Kassenbericht gibt in Vertretung Robert Drechsler, die Einnahmen waren 177,98 Mk., die Ausgaben 37,30 Mk. In der hierauf folgenden Debatte werden 4 Beitragsrestanten gerügt. In bezug auf die geplante Maifeier ist ein Schreiben von der KPD. eingegangen, welches zusagender Art ist. In dieser Angelegenheit wird folgender Antrag mit 12 gegen Stimmen angenommen: „Der Kartelltag fällt am 1. Mai aus, wenn sich nicht beide Parteien beteiligen. Im Falle einer Ablehnung wird der Kalttag in der nächsten Sitzung festgelegt." Als Verwaltung werden die Genossen R. Kohl, Vors., K. Haupt, 2. Vors., 1. Kass. A. Fraubeb, 2. Kass. K. Drechsler, 1. Schriftf. K. Mitrus, 2. Schriftf. K. Haupt gewählt. Revisoren: Lang und Audnert. Als Delegierter zum Landeskartelltag wird Gen. Kohl gewählt. Die Beiträge werden wieder wie im Vorjahr pro Kopf und Jahr auf 2 Pf. festgelegt, der Schlußtermin für die Bezahlung ist der 1. August 1926. Gen. Bochmann dankt im Auftrage seiner Kolonne für die erhaltenen 30 Mk. Als Fehlende waren zu nennen TV Possendorf, Wilmsdorf und Welschhufe, Gfs. Borschen und Zitherverein Cunnersdorf.

Felix Haunstein

spricht am 13. März, abends 7 Uhr, in Mühlbach-Häslich (Müglitztal) über: „Wie lebt die Arbeiterjugend in Sowjetrußland?"
Jugend- und Sportfreunde erscheint in Massen!

Versammlungskalender

Am Mittwoch, den 3. März, abends 7 Uhr im Gasthof „Döhlener Hof" (Rote Schänke), Freital-Potschappel, wichtige Gewerkschaftsversammlung. Referent: Gen. Fritz Schreiter. Die Gewerkschafts-, Fraktions-, Zellengruppen- und Zellenleiter werden ersucht, alle Genossen auf diese wichtige Versammlung aufmerksam zu machen und für guten Besuch Sorge zu tragen. Die auswärtigen Ortsgruppen haben unbedingt Delegierte zu entsenden.

Achtung Genossinnen und Zellengruppenleiter!

Die Frauenflugschriften und Handzettel für den 7. März liegen Mittwoch zur Abholung bereit im Sekretariat. Organisiert gute Verteilung.

Jung-Spartakus Ostwachsen. Alle Gruppen, welche die zugeteilten Fragebogen noch nicht eingesandt haben, müssen das sofort nachholen. Säumige Gruppen werden durch die Zeitung gemahnt. Dasselbe gilt für die Mitgliederlisten. Fragebogen ans Parteisekretariat Marschallstraße.

KJ. Johannstadt. Donnerstag den 4. März Gruppenabend in Sammlers Restaurant Stephanienstraße. Vortrag: „Der März in der Geschichte der Arbeiterbewegung".

KJ. Süd-West. Donnerstag, 4. März, Vortrag über Kulturarbeit in der proletarischen Jugendorganisation. Gäste willkommen. **Parteigenossen, schickt eure Kinder in die** Jugend. Lokal: „Bürgergarten", Lübecker, Ecke Wernerstraße.

Arbeitsgebiet Klotzsche, Hellerau, Rähnitz, Wilschdorf. Nicht Sonnabend, sondern **Freitag, den 5. März, abends** 7.30 Uhr in der „Hoffnung", Rähnitz: **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung.

Zellengruppe Kaitz und Umgegend. Heute Mittwoch, 8 Uhr spricht Genosse **Martin Schneider** im „Tannenhof" Strehlen.

Tambourzug Untergau Freital. Donnerstag, den 4. März, abends 5.30 Uhr: **Stellen am Markt Freital.** Die Uebungsstunde fällt aus diesem Grunde aus.

KPD. Literaturobleute Pirna. Donnerstag den 4. März, abends 7.30 Uhr Sitzung im „Volkshaus".

KJ. Ortsgruppe Meißen. Mittwoch den 3. März, 7.30 Uhr im „Schweizerhaus" **Mitgliederversammlung.**

Jungspartakus Meißen findet sich Mittwoch am 3. März, abends 5 Uhr im Restaurant „Schweizerhaus" zusammen.

KPD. Bischofswerda. Sonntag, den 7. März: UB.-Versammlung im „Kronprinz".

KPD. Wanscha. Sonnabend, den 6. März, abends 7.30 Uhr: Oeffentliche **Volksversammlung in Reschuhs Saal,** Reutnitz.

KPD. Arbeitsgebiet 5, Ostritz. Donnerstag, den 4. März, abends 7.30 Uhr: **Wichtige Arbeitsgebietssitzung im „Grünen Baum",** Ostritz.

Verdoppelt die Rote Jungfront durch das Märzaufgebot vom 7. bis 14. März. Jungfrontler, heraus zur Werbearbeit!

RFB. Zentrum. Mittwoch von 5—7 Uhr Zeitung vom 1. März abholen **Kurze Str. 4, 3. Et.**

Rote Jungfront, Abteilung 2. Donnerstag, den 4. März, abends 7 Uhr beim Kameraden Große: Theaterprobe. Die Statisten müssen ebenfalls vollzählig erscheinen.

RFB. Pannewitz. Die für Mittwoch angesetzte Versammlung findet erst Donnerstag, 7.30 Uhr im „Amselgrund" statt. Frauen und Mädchen mitbringen. Referentin erscheint.

RFB. Gittersee. Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr: Erweiterte Gruppenleitersitzung im „Rehbock". Auch die Unterkassierer haben zu erscheinen.

RFB. Ortsgruppe Freital. Freitag, den 5. März, 7.30 Uhr: Wichtige Mitgliederversammlung im „Bergkeller", Potschappel. Die Gruppenkassierer müssen einladen.

Gewerkschaftliches

Deutscher Baugewerksbund. Freitag den 5. März, abends 5.30 Uhr **Mitgliederversammlung in den „Annensälen",** Fischhofplatz. **Tagesordnung: „Der bevorstehende** Bundestag und Stellungnahme **hierzu." Das Erscheinen aller Mitglieder** ist Pflicht. **Nur Mitglieder mit Bundeslegitimation** haben Zutritt.

Rundfunk

Donnerstag, den 4. März 1926.

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10.10—10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächs. Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Wilmar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4—4.15 und 5—5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30—6.45 Uhr: Steuerrundfunk. Dresden: 7—7.30 Uhr: Vortrag: Dr.-Ing. Riebel-Dresden: „Die Kunst, geistig und körperlich richtig zu arbeiten" (2. Vortrag). 7.30 bis 8 Uhr: 8. Vortrag des Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums. Ministerialrat Prof. Dr. Thiele: „Der Weg aus der Krüppelnot." 8.15 Uhr: Die Jagd. Anschließend: Pressebericht und Sportfunkdienst.

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Volksbegehren.

„Enteignung der Fürstenvermögen".

In der Stadt Freital kann die Eintragung in die Liste für ein Volksbegehren auf „Enteignung der Fürstenvermögen" von

Donnerstag, den 4. März d. J., bis

Mittwoch, den 17. März d. J.,

und zwar an Sonntagen von 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags, Montags und Freitags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags, Dienstags und Donnerstags von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, Mittwochs und Sonnabends von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags an nachstehenden Stellen erfolgen:

- Stimmbezirk 1—6 mit den im Stadtteil Deuben und Niederhäslich wohnenden Eintragungsberechtigten in der Verwaltungsstelle C — früheres Rathaus Deuben, 2. Stock, Zimmer Nr. 6;
- Stimmbezirk 7—12 und 16 mit den in den Stadtteilen Potschappel, Niederpesterwitz und Birkigt wohnenden Eintragungsberechtigten in der Verwaltungsstelle B — früheres Rathaus Potschappel, 2. Stock, Sitzungssaal;
- Stimmbezirk 13—15 mit den in den Stadtteilen Döhlen und Zauckerode wohnenden Eintragungsberechtigten im Rathaus, Hauptkanzlei, Zimmer Nr. 13.
- Stimmbezirk 17—18 für die im Stadtteil Burgk wohnenden Eintragungsberechtigten im ehemaligen Gemeindeamt Burgk.

Die Eintragung in die Listen hat eigenhändig zu erfolgen. Zur Eintragung in die Liste ist berechtigt,

a) wer in der Stimmkartei für die Reichspräsidentenwahl vom 26. April 1925 der Stadt Freital eingetragen ist, es sei denn, daß er das Stimmrecht inzwischen verloren hat oder daß das Stimmrecht während der obigen Eintragungsfrist ruht,
b) wer im Besitz eines Eintragungsscheines ist,
c) wer nicht in die Stimmkartei für die Reichspräsidentenwahl eingetragen ist und keinen Eintragungsschein hat, aber sein Stimmrecht nachweist.

Als in die Reichspräsidentenwahllisten eingetragen gelten auch alle diejenigen, die wegen Ausstellung eines Stimmscheines in der Liste gestrichen worden sind. Stimmberechtigte, die verhindert sind, ihre Eintragung während der Auslegungsfrist hier abzugeben, können auf Antrag einen Eintragungsschein ausgestellt erhalten. Der Eintragungsschein berechtigt zur Abgabe der Stimme in einer beliebigen Gemeinde.

Bei der Eintragung sind entsprechende Ausweispapiere (Einwohnerschein oder Geburtsurkunde) vorzulegen.

Eintragungsscheine werden in den betr. Eintragungsstellen ausgestellt.

Freital, am 1. März 1926.

Der Rat der Stadt,
— Wahl- und Listenamt. —

Nach kurzer schwerer Krankheit wurde mir und meinen lieben kleinen Sohn, meine geliebte Gattin

Frau Martha Freiberg
geb. Liehr

im 26. Lebensjahre, nach 11jähriger glücklicher Ehe durch den Tod entrissen.

In aufrichtiger Trauer:
Paul Freiberg und Töchterchen
Karl Liehr und Frau
nebst allen Angehörigen

Kötzschenbroda, den 2. März 1926.

Die Einäscherung findet Sonnabend, den 6. März, nachmittags ¾4 Uhr, im Krematorium Tolkewitz statt.

Kluge Eheleute! Alle sanit. Bed.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapp. R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

Welt-Panorama Bautzen
Lauengraben am Lauenturm
Vom 24. Februar bis 6. März
Wanderung in der malerischen fränkischen Schweiz

Arbeiter! Verkehrt nur bei den Inserenten der **Arbeiterstimme!**

SARRASANI
Dresden, Carolaplatz, Teleph. 17289, 23193.
Abgebaut die Eintrittspreise 1—5 Mark. Nachmittags Kinder halbe Preise
Aufgebaut die Leistungen — das Programm. Neue Sensationen — Ein Spielplan übertrumpft den anderen — immer mehr und mehr! Die schönste Schau zweier Welten.
Eilen Sie
1—5 Mk. Eintrittspreise
Täglich 7.30 Uhr, Sonntags auch 3 Uhr. Sonnabends 3 Uhr Fam.-Vorstell. mit durchweg halben Preisen für alt und jung.

Theater am Wasaplatz
Nur noch kurze Zeit täglich 8 Uhr
Mein Vetter Eduard
Eine ganz verrückte Geschichte in drei Akten von Fritz Friedmann-Frederich und Robert Roberts. Spielleitung: Adolph Redeck.
Vorverkauf in Reise, Invalidendank, Johannstraße 1, und Theaterkasse.

Wo kehren die Genossen in Dresden ein??
Im „Liliengarten", Liliengasse 25

Josephinen-Drogerie
Dresden-A., Josephinenstr. 14
Fernruf 18077
Beste und billigste Bezugsquelle für Arbeitersamariter u. Betriebssanitäter
Gegen Vorzeigung des Inserates 10% Vorzugsrabatt

Tymians Thalia-Theater Täglich 8 Uhr
Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Jung! Jung!
Genosse Martin Hänig
empfiehlt sich zur Anfertigung von Schuhreparaturen aller Art, sowie Neuanfertigungen. Es kommt nur bestes Material, bei billigsten Preisen, sauberer Arbeit u. prompter Bedienung, zur Verarbeitung.
Mitglieder des RFB., RFMB. und des Roten Jungsturm erhalten 10% Rabatt
Dresden-A., Kl. Brüdergasse 6, IV (nicht im Laden)

Herren-, Damen-, Kindergarderobe
in den neuesten Fassons und Stoffen empfiehlt in größter Auswahl zu niedrigsten Preisen
C. Julius Röthig, Neugersdorf
Anfertigung nach Maß solid u. preiswert unter Garantie
Größtes Herrenstofflager

Schmelzer, G.m.b.H., Ziegelstr. 19

Wanderer — Mercedes — Excelsior — Brennabor — Avanti — Jupiter
Niedrigste Preise **Fahrräder** Niedrigste Preise
Erleichterte Zahlung — Garantie — Fachmännische Bedienung

Dresdner Fischhallen A.-G. Webergasse 17
Ecke Quergasse
Telephon Nr. 21934 und 24736
Diese Woche besonders billige und gute **Seefische**

SLUB Wir führen Wissen.